STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19191030MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich ℳ 4,—, vierteljährlich ℳ 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. ℳ 6. Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 90 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 504. Donnerstag, den 30. Oktober 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Abrechnung mit den Urhebern an Deutschlands Niederlage.

Der Heer- und Marine-Etat.

In einer Dauersitzung von unerhörter Länge erledigte am Mittwoch die Nationalversammlung den Etat von Heer und Marine. Nach einer im alten Kriegervereinsstile aufgemachten Rede des Volksparteilers Maretzky kam von der sozialdemokratischen Fraktion der Genosse Stücklen zum Wort, der mit großer Frische ins Zeug ging und die Herren von der Rechten wie die reaktionären Offiziere als fortgesetzte Gefährdung des Reiches charakterisierte. Die Semmler, Mittelmann und Gräfe tobten, als Stücklen seine wohlgesetzten Hiebe austeilte. Von Noske forderte der Redner rücksichtsloses Vorgehen gegen die reaktionären Offiziere. Wärmste Worte fand unser Redner für die noch immer in Feindesland festgehaltenen Kriegsgefangenen, für deren Heimtransport sich die Regierung mit ganzer Kraft einsetzen müsse. Den konservativen Herren, die plötzlich vor einer Miliz schwärmen, hielt er die Forderung Bebels vor, die sie damals verlacht hätten. Der Talmijunker Gräfe hielt eine seiner bekannten herausfordernden Reden, eine Rede von maßloser Ueberhobenheit, wie sie nur ein reaktionärer Junker zustandebringen kann. Noske trauen die Junker nicht, Herr v. Gräfe griff ihn daher mit großer Stärke an. Die Provokation des Redners führte wiederholt zu stürmischen Unterbrechungen. Minister Noske diente Herrn v. Gräfe nicht zu knapp. Ueber die Zustände im Heere sagte er, daß er politische Agitation nicht dulden könne. Die Vereidigung auf die Verfassung sei fast restlos erfolgt, die Offiziere seien durch den Eid gebunden. Ihre Auswahl solle nach den Grundsätzen erfolgen: „Freie Bahn dem Tüchtigen!" Der Minister kündigte an, daß er alle Putschversuche von rechts mit äußerster Rücksichtslosigkeit bekämpfen werde. Zu einer ungewöhnlich wirkungsvollen Rede nahm dann noch Minister David das Wort. Unter dem lauten Beifall der Sozialdemokraten und Demokraten hielt er dem Gräfe und Genossen den Spiegel vor und klagte sie der Urheberschaft an dem furchtbaren Unglück des Landes an. Die Davidsche Rede sollte im Stenogramm jedem Wähler zugänglich gemacht werden. Mit trefflichem Material polemisierte auch der Demokrat Maas gegen die Rechte. In einer entsetzlichen Dauerrede von 2¾stündiger Dauer trieb dann der unabhängige Koenen fast das ganze Haus in die Flucht. Noske knüpfte sich den Wald- und Wiesenredner vor und führte seine maßlosen Uebertreibungen auf das richtige Maß zurück. Eine Flut persönlicher Bemerkungen schloß dann die Beratungen. Die hierauf erfolgte Beratung des Marineetats verlief wesentlich ruhiger.

In später Stunde wurden dann noch hintereinander der Etat des Reichstages, des Rechnungshofes, der Reichsschulden und des außerordentlichen Haushalts erledigt. Damit war die Etatsberatung in zweiter Lesung beendet. Die Abstimmung über eine Unmenge Petitionen bildete den Abschluß der 11½stündigen Sitzung.

* * *

Deutsche Nationalversammlung.

112. Sitzung. Berlin, 29. Oktober.

Am Regierungstisch: Noske.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 9½ Uhr.

Gemäß einem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses beschließt die Nationalversammlung, die Genehmigung zur Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Gandorfer (Bayr. Bauernb.) wegen Hochverrats und Vergehen gegen § 130 der Strafprozeßordnung zu verweigern.

Darauf wird die zweite Beratung des Haushaltsplanes für 1919 beim

Haushalt für die Verwaltung des Reichsheeres

fortgesetzt. Beim Haushaltsausschuß wird die Forderung von 1½ Millionen Ausgaben für Einwohnerwehren im außerordentlichen Haushalt gestrichen. Im übrigen der Haushalt zur unveränderten Bewilligung empfohlen. Es liegt ferner eine Entschließung vor, wonach für die Reichswehr das Beköstigungsgeld und der Ersatzbetrag für Unterbringung angemessen erhöht werden solle, daß ferner den kriegsgefangenen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften Stellen in der Reichswehr offen gehalten werden, daß endlich mit möglichster Beschleunigung festgestellt wird, welche Stellen in Staat und Gemeinden den Angehörigen der Reichswehr nach Ablauf der Dienstzeit offen stehen.

Von den Deutschnationalen wird eine Entschließung beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, den Oberbefehlshaber der Marken anzuweisen, bei Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand:

a) unparteiisch und nur nach sachlichen Rücksichten zu verfahren;

b) das Verbot bei täglich erscheinenden Zeitungen auf höchstens drei Tage, bei Druckschriften auf höchstens drei Nummern zu beschränken;

c) vor dem Erlaß des Verbotes den Herausgeber zu hören;

d) in der Verbotsanordnung den beanstandeten Artikel zu bezeichnen;

e) wegen Erscheinen der Zeitung oder Druckschrift sofort mit dem Herausgeber in Verbindung zu treten.

In der an das Gehalt des Reichsministers, ℳ 44 000, geknüpften allgemeinen Besprechung bemerkt

Dr. Maretzky (DVP.): Die Unzulänglichkeit unseres künftigen Heeres mit seinen 100 000 Mann liegt auf der Hand. Schon die bisherige Stärke reichte nicht aus, um an allen Orten die Ordnung aufrechtzuerhalten. Mit dem Abbau unseres Heeresverbandes sollte man nicht übereilt vorgehen. Die Reichswehr hat sich angesichts der vielfach schweren Straßenkämpfe den größten Dank des Landes verdient. (Unruhe links.) Ich erinnere Sie an die Tage, in denen das Schloß, das Polizeipräsidium, das Zeitungsviertel und namentlich das „Vorwärts"-Gebäude besetzt waren. Gerade die Wiedereroberung des „Vorwärts"-Gebäudes wurde von bürgerlichen Offizieren vorgenommen, unter denen — es ist schrecklich für sozialdemokratische Ohren — sich ein Prinz mit dem Namen Hohenzollern befand. Dem Obersten Reinhardt, der die Ordnung in Berlin in schwerster Zeit aufrechterhalten hat, gebührt der Dank der Einwohner Berlins. Auch ein monarchischer Offizier kann der Republik dienen, ohne seinen Idealen zu entsagen. Beides verträgt sich miteinander. Die Mehrheit der Offiziere steht nicht auf dem Standpunkt der Regierungspartei. Sind die Offiziere gezwungen, die Reichswehr zu verlassen, so fällt diese in sich zusammen. Die Mehrzahl der Arbeiterschaft erkennt dies und steht schon jetzt nicht mehr hinter den Mehrheitssozialisten. Die bürgerlichen Mehrheitsparteien und besonders das Zentrum sind keineswegs bereit, die Mehrheitssozialisten zu stützen. Der einzige Machtfaktor, auf den sich die Regierung stützen kann, ist und bleibt die Reichswehr mit ihren bürgerlichen Offizieren. Die Lebensbedingungen, die Löhnungsfrage, Verpflegung, Kleidung und Unterkunft von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften sind in schlechtestem Zustand. Es ist richtig, in den Monaten März bis Juni war die Verpflegung gut, jetzt wieder ganz unzulänglich. Der Soldat kann sich bei seiner ungenügenden Löhnung keinen Zuschuß zu seinem kärglichen Abendbrot leisten. (Zuruf von den Sozialdemokraten: Wie war es früher?! Großer Lärm. Präsident Fehrenbach: Nicht gar so lebhaft, meine Herren, am frühen Morgen!) Der Reichswehrminister hat zugestanden, daß es Formationen gibt, deren Leute nur eine Garnitur haben. Geht die Reichswehr zugrunde, so kommen die Horden der Kommunisten und gehen über sie hinweg. (Großer Lärm links.) Hinzukommt, daß die Zukunft der Reichswehr vollkommen unsicher ist. Die besten Elemente scheiden aus ihr aus, wenn sie irgendwie eine bessere Unterkunft finden. Der Gefechtswert der Reichswehr ist schon um ein Drittel, wenn nicht um die Hälfte zurückgegangen. Wir gehen einem schweren Winter entgegen. Die Kohlennot steht vor der Tür, und mit ihr die Lebensmittelschwierigkeiten. Die Verhetzung der Masse nimmt zu. (Zuruf: Sorgen Sie für mehr Kartoffeln.) Die Regierung sollte deshalb alles tun, um die guten und tüchtigen Elemente der Reichswehr zu erhalten. Wir treten deshalb für die Aufbesserung der Löhnung der Reichswehrtruppen ein und fordern auch die Gewährung einer Entschuldungssumme. Die Verdächtigung, daß das Offizierkorps monarchistisch putsche, ist vollkommen haltlos. Die Monarchisten lehnen es ab, die gewaltsame Einführung der Monarchie zu erstreben. Wir wollen die Schaffung verfassungswidrig nicht einführen. Der Reichswehrminister ist kein Mann nach unserem Sinne. Er hat den besten Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Er hat erkennen müssen, daß vieles, was er zu untergraben mitgeholfen hat, für uns noch bitter not ist. Politisch ist er unser schärfster Gegner. Er ist um so gefährlicher, als er in der Regierung ausschlaggebend ist. Wir werden ihn indessen unterstützen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, ihn sonst aber mit aller Macht bekämpfen. (Beifall rechts. Ironischer Beifall links.)

Stücklen (SD.): Als wir früher im Reichstage um die Erhöhung der Löhne der Soldaten um ein paar Pfennige kämpften, hat uns die Rechte Widerstand geleistet. (Lebhafter Widerspruch rechts. Große Unruhe.) Wir mußten jahrelang kämpfen, bis wir mit unseren Anträgen Erfolg hatten. Wenn das alte System nicht innerlich so faul und morsch gewesen wäre, so wäre der Zusammenbruch nicht so katastrophal gewesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um einigermaßen die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurden die Freikorps gebildet durch die Bereitwilligkeit einiger Offiziere. Die Freikorps waren aber nur ein Notbehelf. Aus ihnen entstand auch die Reichswehr. Auch wir können nicht alle Maßnahmen der Regierung kritiklos hinnehmen, aber die Regierung braucht eine Macht, um die Achtung vor den Gesetzen zu sichern, sonst schwebt sie in der Luft, und die Ohnmacht einer Regierung führt zur Anarchie, die Sie (nach rechts) allerdings auf Ihre Weise fördern wollen. Wir haben immer die Miliz haben wollen, aber der Friedensvertrag schreibt vor, daß die Offiziere sich auf 25 Jahre und die Mannschaften auf 12 Jahre verpflichten müssen. Selbstverständlich müssen in einem Bürgerheer die Mannschaften ebenso gestellt werden wie die Arbeiter. Der Feldwebel erhält jetzt jährlich ℳ 5392, der Unteroffizier ℳ 4780, bei geringerer Dienstzeit ℳ 4654, der Gefreite ℳ 3869, der Gemeine ℳ 2900. Die Gehälter der Offiziere müssen einer Revision unterzogen werden; denn für ℳ 150 monatlich findet man keinen mehr. Für die Landesverteidigung ist ein Söldnerheer von sehr problematischem Wert, es kann ein Werkzeug der Reaktion werden. (Nach rechts:) Sie haben mit einem Male Ihr warmes Herz für die Soldaten entdeckt, das läßt auf die Absicht schließen, daß Sie das Heer für sich gebrauchen wollen. Der Berufssoldat dient dem, der ihm am besten bezahlt. Wir haben unter den Kommandeuren nur vier bürgerliche. Wir bekämpfen die Bevorzugung des Adels. Sie (nach rechts) hoffen, über kurz oder lang wieder eine monarchische Armee zu haben. In weiten Kreisen der Offiziere beginnt man wieder, sich außerordentlich lebhaft zu fühlen. Zur Aufklärung der heimkehrenden Kriegsgefangenen über die Geschehnisse hatte die Regierung eine Broschüre verbreiten lassen, die die Vorgänge ganz objektiv darstellte. Eine Anzahl von Offizieren hat sie verbrannt. (Beifall rechts.) Die Herren der Rechten tun alles, um die Kriegsgefangenen in ihre Hände zu bekommen. Aber diese werden Ihnen sagen: Ihr seid schuld an unserem Elend! (Lärm rechts.) Wegen Eurer Kriegstreiberei. (Lärm rechts.) Sie verbreiten die unwahre Nachricht, die Regierung sei schuld an der verzögerten Heimsendung. Sie überschwemmen die Heimkehrenden mit Hetzschriften. Hier habe ich ein solches Flugblatt, wo den Kriegsgefangenen erzählt wird, in dem Kabinett säßen fast nur Juden: der Jude Schiffer, der Jude Bernstein, der Jude Preuß, der Jude Wurm. Dann heißt es weiter: die Finanzabteilung wurde später auf zwei Juden verteilt, auf Dernburg und Gothein. (Heiterkeit.) Offiziere, die nicht auf monarchistischem Boden stehen, werden hinausgeekelt. Wir müssen dafür sorgen, daß das Heer der Republik ein republikanisches Heer ist. (Beifall links. Unruhe rechts.) Für staatsbürgerliche Aufklärung im Heere muß gesorgt werden. Ein Heer von Republikanern ist die beste Schutzwehr gegen monarchistische Umtriebe. (Lärm rechts.) Der Reichswehrminister muß das Heft in den Händen behalten, aber er darf auch die Fühlung mit den breiten Massen des Volkes nicht verlieren. (Sehr gut! links.) Die geheimen Qualifikationsberichte über Offiziere werden hoffentlich ganz beseitigt. Mit dem Schutt der Vergangenheit muß aufgeräumt werden. (Unruhe rechts.) Eines kameradschaftlichen Zuges unserer Reichswehrsoldaten gedenke ich. Sie haben erklärt, sich gern mit einem Anzug begnügen zu wollen, damit die zurückkehrenden Kriegsgefangenen einen Anzug erhalten können. (Beifall.) Noch immer werden in Frankreich rund 500 000 Kriegsgefangene zurückgehalten. Die Gefangenen müssen ja beinahe denken, die Heimat habe sie vergessen. Das ist nicht der Fall. Es wird alles versucht, um sie zu befreien. Der Rücktransport eines einzelnen Gefangenen aus Sibirien kostet uns ℳ 11 000. (Hört! hört!) Die Regierung hat erklärt, koste es, was es wolle, die Gefangenen müssen befreit werden. (Beifall.)

Nacken (Z.): Ich spreche dem Reichswehrminister unsere Anerkennung aus, daß er das Ziel, das er sich gesteckt hat, eine Reichswehr zum Schutze und zur Ordnung zu sammeln, erreicht hat und daß allmählich Ruhe und Ordnung in Deutschland eingezogen sind. Wir wissen, welch große Schwierigkeiten zu überwinden waren, um zu verhindern, daß ein ganz allgemeiner Bruderkrieg in Deutschland ausbrach. Für diese Reichswehr sollen nun im vorliegenden Etat Formationen festgestellt werden. Es wird vielleicht eingewendet, das kleine Heer der Reichswehr koste viel Geld, ungefähr ebensoviel wie uns das frühere Heer gekostet hat. Das ist erklärlich, man muß bedenken, daß es sich um ein Uebergangsheer handelt, das heute noch größer ist, als der Friedensvertrag bestimmt. Erst vom 1. April 1920 ab sind es nur 100 000 Mann. Ferner handelt es sich um ein Söldnerheer und nicht um eine Wehrmacht, die auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Es handelt sich auch um den Abbau des alten Heeres, wofür im Etat 3 Milliarden eingestellt sind. Für den kommenden Etat ist es wünschenswert, daß die Aufstellung so erfolgt, daß man auf den ersten Blick erkennen kann, was jeder einzelne an Gebührnissen: Gehalt, Zulagen usw., bekommt. Zur gedeihlichen Entwicklung der Reichswehr ist es notwendig, für die Zufriedenheit der Leute zu sorgen. Männer sind vorhanden wie im alten Heer. Wir verlangen, daß die Gebührnisse für die Angehörigen der Reichswehr, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, ausreichend sind. Die Wehrleute müssen durchaus gut untergebracht werden, und die Beköstigungsgelder müssen dementsprechend sein. Ferner begrüßen wir es, daß die Einführung eines umfassenden Unterrichtes für die Mannschaften in Aussicht genommen worden ist, damit sie sich auf ihren Beruf vorbereiten können. Es muß den Mannschaften sobald wie möglich mitgeteilt werden, was sie nach ihrer Dienstzeit im Staat und bei den Gemeinden für eine Stellung einnehmen werden, wenn sie die mittlere Beamtenlaufbahn betreten. Auch die Kleidung muß anständig sein. Das Heer darf keine Parteipolitik treiben. Die Reichswehr muß voll und ganz auf dem Boden der Verfassung stehen. Ich halte es für beinahe unmöglich, daß Leute, die innerlich anders denken und gar nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, im Heere dienen können. Möge es dem Reichswehrminister beschieden sein, die Reichswehr weiter gedeihlich zu entwickeln, daß ein militärisch achtbarer Apparat von Bedeutung entsteht, der imstande ist, im Notfalle Ruhe und Sicherheit im Lande aufrechtzuerhalten. (Beifall im Zentrum.)

v. Gräfe (DNVP.): Mit einem wehmütigen schmerzlichen Gefühle erfüllt uns die Pflicht nach der glanzvollen Periode seit der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches heute zum sogenannten Heeresetat sprechen zu müssen, die alte Armee, die fünf Jahre hindurch einer übermenschlichen Uebermacht getrotzt hat, blieb siegreich und ungebrochen, sie ist hinterrücks bedroht worden. (Lebhaftes Sehr richtig! Rufe bei den SD.: Eure Schuld.) Die Hetze, die Untergrabung des Ansehens unserer herrlichen Armee kam schon in den Zaberner Tagen unseligen Angedenkens gerade abstoßend zum Ausdruck. Das war die Vorbereitung für das, was wir jetzt an dieser herrlichen Schöpfung unserer alten preußischdeutschen Armee erlebt haben, die Hetze gegen den sogenannten Militarismus. Es war ein Kampf gegen den Militarismus im besten Sinne des Wortes. Es war das die alte Armee, die Säule, die Grundfeste, auf der unser altes monarchisches Staatsleben aufgebaut war. Dies war es, was gewissen Kreisen den Haß gegen sie einflößte. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Heer war die Grundlage für unser ganzes Staatsleben, des Deutschtums und unseres ganzen deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Es ist daher kein Wunder, wenn die Männer, die uns vernichten wollten, trachten, diese Säule, diese Kraft, dieses Rückenmark unseres Deutschtums zu zerstören. Sie hatten, als unsere äußeren Feinde, ein Interesse daran, sich zusammenzufassen mit denen, die aus inneren Gründen die Grundfesten unseres Deutschtums unterminierten. Es ist ein tragisches Geschick, daß die Verblendung deutscher Männer so weit gegangen ist, daß sie mit der Unterminierung der Armee die Geschäfte unserer Feinde betrieben haben. (Sehr richtig! rechts.) Und das ihr Sieg den Untergang unseres Vaterlandes bedeutete. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie haben gesagt: „Die Monarchie liegt am Boden, die Republik ist da." Und daneben liegt die Leiche des deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig! rechts, Lärm bei den SD.) Der rückblickende Geschichtsschreiber wird diese Dinge nüchterner beurteilen, als die, die jetzt ihren Pyrrhussieg feiern. Die berauschten Zabener Redner werden später eine andere Kritik erfahren, als sie damals gefunden haben. (Zuruf von den SD.: Präsident Fehrenbach!) Unsere Feinde haben es vom ersten Tage des Krieges an gewußt, daß Deutsche nur durch Deutsche zu besiegen seien. (Zustimmung.) Wenn der Untersuchungsausschuß objektiv urteilt und nachforscht, so muß er zu dem Resultat kommen, daß der Zusammenbruch unseres Vaterlandes nicht da eingesetzt hat, wo menschliche Schwächen Fehler gemacht haben, sondern da, wo der Geist des alten Vaterlandes bekämpft wurde, wie er im Juli 1914 zum Ausdruck kam. Deutsche haben sich gefunden, die Zersetzung in die Armee hineinzubringen. (Zuruf: Ihre Freunde!) Wenn auch nur ein kleiner trauriger kümmerlicher Torso übrig geblieben ist, den man kaum noch ein Reichsheer nennen möchte, so erblicke ich doch in dieser Reichswehr das kleine zarte schwächliche Kind des alten Recken, unserer alten Armee. Um des Vaterlandes willen bedarf dieses zarte Kind unserer besonderen Fürsorge. Sie auf der Linken wollen niemals das Verständnis auch für diesen Torso einer Armee haben können. (Widerspruch bei den Soz.) Sie fürchten, diese Armee könnte zum Rächer des Vaterlandes werden. (Sehr richtig! rechts.) Dieses Mißtrauen steigert sich manchmal geradezu zum Verfolgungswahn. Daher das klägliche Geschrei des republikanischen Offizierskorps. Der Artikel Ludendorffs, den ich mit Dank begrüße, beweist, daß man anders für diese Verhältnisse kämpfen und darüber mit Verständnis reden kann, als wenn man sie nach der Parteischablone und politischen Tendenz färbt. (Sehr richtig! rechts.) Es ist eine unglaubliche Unterstellung, daß der Artikel die Reichswehr zersetzen wolle und auch gegen die verantwortliche Spitze des Heeres gerichtet sei. Er richtete sich gegen gewisse Kreise der Mehrheitsparteien (Lärm bei den SD.), die Angst haben, daß das Heer stark werden könnte. Das mangelnde Verständnis in eine oberste Behörde zeigt sich darin, daß man nicht einmal die Reichsmilitärgerichte und die Offiziersehrengerichtsbarkeit für diese Armee gestaltet hat. (Lärmende Unruhe bei den SD. Rufe: Schmach!) Wieweit Ihre Empfindlichkeit und Ihr Mißtrauen gehen, zeigen die Worte des Abgeordneten Stücklen, die schwarz-rot-goldene Fahne schiene auf uns zu wirken, wie das rote Tuch auf einen Stier. Die Tradition unserer Armee ist durch die schwarz-weiß-rote Fahne mit einer Zeit verbunden, die glorreicher war als die Zeit unter der schwarz-rot-goldenen Fahne. Sie können die schwarz-weiß-rote Fahne ebensowenig verbieten, wie sie früher verlangt haben, daß Sie Ihre rote Fahne offen zeigen dürfen. (Lärm bei den Soz. Ruf des Abgeordneten Davidsohn: Verfassung!) Ist es denn durch die Verfassung verboten, die schwarz-weiß-rote Fahne auszuhängen? (Lärm bei den Soz. Erregte Zurufe des Abgeordneten Davidsohn.) Ein politisierendes Heer ist kein Instrument, auf das sich der Staat verlassen kann. Nun wünschen Sie, daß die Regierung politische Agitation im Heere treibt. Die Regierung stellt aber doch eine Partei dar (Zuruf: und früher?), die morgen oder übermorgen von einer andern abgelöst werden kann. Aber uns verwehren Sie es, Aufklärung in das Heer zu tragen. Heute klagen Sie über den Mangel an Uniformen. Wo sind denn die 7 Millionen geblieben, die wir nach dem Kriege noch hatten? 1 Million ist verbraucht, aber 6 Millionen sind verschoben. Durch die Hände von Juden, von Judengenossen- und Schiebern sind die ganzen Bestände gegangen. Wenn es möglich war, für die Hilfspolizeisoldaten und für die Einwohnerwehren gute, schmucke Uniformen zu beschaffen, so war das auch für die Reichswehr möglich. Gewiß macht die Reichswehr ungeheure Kosten. Ob wir sie tragen können, darüber mag sich die Regierung den Kopf zerbrechen. (Lachen links.) Vorläufig müssen Sie ja Geld genug haben, da Sie noch immer neue Ministerposten schaffen bei jedem neuen Regierungswechsel. Sie verschwenden die Gelder in geradezu haarsträubender Weise. (Große Unruhe links. Zustimmung rechts.) Schaffen Sie hier nicht durchgreifende Besserung, so sind die jetzt aufgewendeten Gelder einfach zum Fenster hinausgeschmissen. Sie haben durch Ihre Politik dieses Söldnerheer notwendig gemacht, jetzt haben Sie dafür zu sorgen, daß es brauchbar wird. Wir bemühen uns, die Regierung zu Taten zu bringen. An der Spitze müssen Männer stehen, die sachkundig und tatkräftig sind. Merkwürdigerweise stehen überall an der Spitze der Aemter Leute, die geradezu grausam blutige Laien sind. Ich kann daher persönlich auch nicht in das Loblied für den Reichswehrminister einstimmen. Ich gehe auch nicht so weit, in Herrn Noske den starken Mann zu sehen. Ich sage damit nichts persönliches gegen ihn. Ich verlange auch von ihm nicht mehr an Energie, als er besitzt, aber ich verurteile den Schein einer weitgehenden Energie, der ein falsches Vertrauen da erwecken muß, wo es nicht angebracht ist. Der Reichswehrminister ist in seinen Handlungen nicht konsequent. Das ist er in der Gewandtheit, die Menschen auszunutzen, die er gerade vor sich hat. (Heiterkeit.) Offizieren gegenüber findet er freundliche Worte: Man sollte nicht erwarten, daß man die monarchische Gesinnung von heute auf morgen ablegt. In sozialdemokratischen Konferenzen dagegen spricht er von reaktionären Offizieren. Es nützt nichts, daß Sie (zum Reichswehrminister) den Glauben erwecken, der gegebene Mann zu sein. Die Bevölkerung sehnt sich nach Ruhe und Ordnung und greift nach diesem Strohhalm. Auf die Anfragen wegen des Schutzes der Pressefreiheit hat der Reichswehrminister im Ausschuß keine Antwort gegeben. Die jetzige Handhabung der Zensur ist viel parteiischer als die frühere. Der ganze Reichstag hat seinerzeit einem sozialdemokratischen Antrage zugunsten der Pressefreiheit zugestimmt. Die Parteien der Linken hüllen sich demgegenüber jetzt in Schweigen. Ein Blatt wurde wegen eines Inserates, in welchem Gummiknüppel empfohlen wurden, verboten. Diese Knüppel haben dem Kriegsministerium zur Prüfung vorgelegen und sind auch bei Einwohnerwehren als Waffe eingeführt. Man hätte schließlich das Inserat, aber nicht die Zeitung verbieten dürfen. Es handelt sich nicht um die Ahndung einzelner Fehler, sondern es liegt System darin, die deutschnationale Presse, die ihm unbequem ist, totzuschlagen. Die „Deutsche Tageszeitung" wird verboten, weil sie in einem Artikel daran erinnert, daß der Reichspräsident erklärte, wir wären ehrlos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufböten gegen die Schmach, die uns angetan werde; niemals dürfe ein Volk von 70 Millionen sich solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen; nie und nimmer werde es sie annehmen; wir lehnen sie ab, komme, was kommen mag. (Hört, hört!) Wenn ein Staatsoberhaupt solche Versprechungen gibt und sie nicht hält, so ist es das gute Recht jedes Patrioten, zu verlangen, daß es die Konsequenzen daraus zieht und zurücktritt. Wenn Noske die „Deutsche Tageszeitung" daraufhin verboten hat, so ist das eine direkt gewollte Antuung gegenüber einem Blatte, das ebenso das Recht hat, seine Meinung zu vertreten, wie jeder deutsche Mann. Unter keinem Kaiser und König ist so absolut regiert worden, wie jetzt. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Wir vertrauen auf den guten Geist in dem geringen Rest unseres einst so prächtigen Heeres, auch wenn sie jetzt Pyrrhussiege erringen. (Lebhafter Beifall rechts, anhaltendes Zischen links.)

Reichswehrminister Noske: Herr Maretzky hat treffend die Bedeutung der Reichswehr geschildert. Um so weniger darf man dieses wichtige Instrument zu einem Zankapfel der Parteien werden lassen. Was wir in der letzten Stunde von Herrn Graefe gehört haben, könnte man wohl charakterisieren als einen Versuch, Selbstmordpolitik zu treiben. (Sehr gut links, Lachen rechts.) Deutschland hat im Kampfe gegen drei Viertel aller Völker der Erde gestanden. Angesichts dessen sind die Opfer und Leistungen des deutschen Volkes geradezu fabelhaft gewesen. Unter dem ungeheuren Druck der Uebermacht ist der Zusammenbruch erfolgt. Unser Volk ist, soweit es Waffen getragen hat, ehrenhaft aus diesem Kampfe hervorgegangen. Ich hoffe, die Schwierigkeiten mit dem Rücktransport aus dem Osten werden sich allmählich verringern. Reibungen mit den Litauern werden hoffentlich in der Zukunft unterbleiben. Sehr rasch wird die Heimbeförderung wegen der Eisenbahnkalamität leider nicht möglich sein. Zu dem Abtransport von Munitionswagen und Lebensmitteln habe ich die Zustimmung erteilt. Munition hinzuschaffen, erforderte die Vorsicht, denn es bestand die Gefahr, daß die Litauer uns die Eisenbahnverbindung unterbrechen könnten. Daß beträchtliche Lebensmittelmengen erforderlich sind, wenn der Abtransport sich lange Zeit hinzieht, ist selbstverständlich. Als eine Nichtswürdigkeit muß ich es zurückweisen, wenn es so dargestellt wird, als ob die Regierung sich nicht zu den berechtigten Forderungen der Reichswehr bekennt. Ich begrüße jede Anregung, die Truppen besser zu stellen, aber niemand weiß auch besser als ich, wie viel ihr noch fehlt. Die Moral der Truppe entspricht natürlich der Moral der Bevölkerung, aus der sie kommt. Völlig gesunden wird die Truppe nur dann, wenn wir von einer allgemeinen Gesundung der Bevölkerung sprechen können. In den Etats, dem Heeres- und Marineetat, werden Mittel angefordert für den Abbau derjenigen Formationen, die nach dem Friedensvertrag verschwinden müssen. Die Verringerung des Heeres ist nicht in dem Tempo vor sich gegangen, wie angenommen wurde. Der Grund liegt darin, daß der Friede immer noch nicht ratifiziert ist. Das Offizierkorps hat schon eine beträchtliche Verminderung erfahren. Von den Generalen sind nur die dienstlich erforderlichen vorhanden. Bei der Auswahl der Offiziere für die Reichswehr werden politische Rücksichten nicht genommen. Wir fordern von allen loyale Pflichterfüllung. Offiziere, die sich nicht auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen können, werden wohl oder übel ihren Weg gehen müssen. Herr von Graefe hat vorhin der Unbotmäßigkeit geradezu das Wort geredet. Die alten Farben schwarz-weiß-rot sind nicht mehr die Reichsfarben und dürfen nicht als Demonstration benutzt werden. Die Vereidigung der Offiziere wie der Mannschaften auf die Reichsverfassung ist übrigens fast restlos durchgeführt. Die Kluft zwischen Offizieren und Mannschaften ist zum Teil überbrückt worden. Eine ganze Anzahl bewährter Unteroffiziere sind zu Offizieren befördert worden. In Zukunft wird bei der Auswahl der Offiziere nur nach der Tüchtigkeit verfahren werden. Wer Offizier werden will, tritt als Soldat ein. Der Tüchtigste wird ausgewählt als Offizier. In der Marine sind 50 pZt. aller Offiziersstellen für Personen aus dem Mannschaftsstande vorbehalten. Wir sind gezwungen, Leute auf 12 Jahre zu werben. Offiziere müssen bis zu 25 Jahren dienen. Da jeder Klassenunterschied bei der Auswahl wegfallen muß, muß der Mann so bezahlt werden, daß er anständig existieren kann. Für tüchtige Leute muß die Laufbahn lockend erscheinen. Das Kasernenleben muß umgestaltet werden. Die Bezahlung wird sich bis zu einem gewissen Grade derjenigen von Arbeitern außerhalb der Kasernen annähern müssen. In der Regel wird der Mann bei der Einstellung 18 Jahre alt sein. Wer mit 30 Jahren ausscheidet, muß aber, wenn er nicht Offizier geworden ist, wissen, was aus ihm werden wird. Es muß also die Aussicht auf eine anständige Zukunft vorbereitet werden. Bleibt es bei den 100 000 Mann, dann werden wir notgedrungen jeden Mann als eine Art Kapitulanten zu behandeln haben. Meistens verpflichten sich die Leute zuächst bloß auf drei Monate, sie ziehen den Militärdienst der Arbeitslosigkeit vor. Der häufige Wechsel macht es unmöglich, eine festgegliederte, gut disziplinierte Truppe zu schaffen. Auf zwölf Jahre sich zu verpflichten, erklären sich jetzt nur wenige Leute bereit. Daß wir zum 1. April 1920 etwa 100 000 Mann bekommen, ist ausgeschlossen. Am 1. Januar 1920 werden wir etwa 10 000 Mann im Heere und 1500 für die Marine einstellen. Soll das erreichbar sein, dann wird in reichlichem Maße auf die bisherigen Kapitulanten zurückgegriffen werden müssen und diese verbleiben doch im Dienste nur, wenn ihnen ihre Bezüge belassen werden. Diejenigen, die sich schon jetzt für eine längere Dienstzeit bereiterklärt haben, werden weitgehender Fürsorge teilhaftig werden. Die Reichswehr muß so gestaltet werden, daß sie den Interessen des Reiches dient. Es wird beträchtliche Zeit dauern, bis alle Erfahrungen praktisch in diesem Sinne ausgemünzt sind, aber es muß geschafft werden, wenn wir den Aufbau des Reiches zu neuem Glanze und zu neuer Blüte verwirklichen wollen. Die Reichswehr soll weniger Gegenstand des Parteigezänks sein. Die Arbeiterschaft besorgt, daß sie ein Instrument gegen das Volk werden könnte. Es zeugt das von geringem Zutrauen zur eigenen Kraft. Wir werden in Zukunft 4000 Offiziere in der Reichswehr haben, und kein Mensch darf glauben, daß die Mehrzahl davon dauernd darauf aus sein wird, oder auf der Lauer liegt, eine Konterrevolution zu machen. Die unabh. Jugendzeitschrift schildert die Reichswehr als eine Rotte hergelaufener Menschen, die in Hunderten von Städten Menschen niedergemetzelt hätten. Das Verbot des „Deutschen Wochenblattes" war durchaus berechtigt. Die Herren von der Rechten sind immer sehr empfindlich, wenn sich eine Kritik gegen sie nicht in den allerfeinsten Ausdrücken bewegt. Wer da will, daß man Respekt und Mitleid für die Familien hat, die jahrhundertelang in Deutschland regierten und jetzt zum Teil im Exil leben, der muß auch Respekt haben vor der jetzigen Staatsform und den jetzigen Trägern der Regierung. Es hat aber niemals ein solches Maß von Geschmacklosigkeit in der Kritik, wie es die Herrschaften von der Rechten belieben, gegeben. Es charakterisiert Herrn von Graefe, wenn er sich schützend vor die „Deutsche Tageszeitung" stellt, die sich entgegen jeder Anständigkeit und Loyalität erdreistet, einen ehrenhaften Mann wie den Reichspräsidenten herunterzureißen. Das Blatt bezeichnet den Reichspräsidenten wiederholt als unehrlich. (Große Unruhe.) Es sagt, wie sollen preußische Generale und Offiziere sich einem Reichspräsidenten unterordnen, der sich selbst als ehrlos bezeichnet hat. (Große Unruhe und Zurufe links und rechts.) Der Urheber der Broschüre, die zur Eidesverweigerung aufforderte, und die bei der „Deutschen Tageszeitung" gedruckt wurde, steht nunmehr fest. Es war der Landschaftsdirektor Kapp. (Großer Lärm.) Wenn die Herren diese Sudelschrift mit Entrüstung abschütteln, so nehme ich davon Notiz. Ich sage ganz offen, in der jetzigen Situation Deutschlands kann man mit Revolutionen und sentimentalen Gefühlsduseleien keine Politik machen. Das Reich ist gefährdeter als es jemals im Kriege war. (Sehr richtig, Bewegung.) Herr von Graefe sprach von der Leiche des Vaterlandes. Nein, Deutschland blutet aus tausend Wunden, aber es lebt und wir geben die Hoffnung nicht auf, es wieder blühend, stark und gesund zu machen. Bei der Arbeit, die dabei zu leisten ist, wollen wir uns nicht stören lassen. Das Reich darf weder durch Tollheiten von rechts noch durch Narrheiten von links gefährdet werden. In unserer politischen Situation muß der Bürgerkrieg unterbleiben. Wenn er trotzdem versucht wird, ist er zu unterbinden. (Zuruf: Das hätten Sie am 9. November sagen müssen.) Wer das Reich gefährdet, ist als Schädling zu bekämpfen. Die Spartakisten sagen jetzt, je kleiner ihre Gruppen, desto besser ihre Aussichten. Damit kein Zweifel besteht, will ich mitteilen, daß ich dieser Tage einen Befehl unterzeichnet habe an die Truppen dahingehend, je geringer die Truppe, desto stärker zugepackt. (Zuruf rechts: Wollen Sie den nicht wieder aufheben?) Ich bin mir klar, daß der Gedanke an Putsche in wirren Köpfen zuckt. Jeder Putsch von rechts oder links wird mit Eisen bekämpft werden. Das Reich hat einen schmalen Pfad zu überschreiten. Wir müssen hinüber, koste es, was es wolle. Hinüber kommen wir aber schließlich bei einer Politik der mittleren Linie, die klar und folgerichtig betrieben werden muß. Wir werden das Reich nicht zugrunde gehen lassen. Das Ziel muß erreicht werden. Deutschland und das deutsche Volk müssen wieder festen Boden unter sich bekommen. Wenn das gelungen ist, so sage ich vorwärts, aufwärts! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsminister Dr. David: Der Abg. v. Graefe hat uns vorgeworfen, wir hätten die Macht des Deutschen Reiches gebrochen. Die Säule des Reiches, die frühere Armee, sei von uns unterminiert worden. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Es gab nur eine einheitliche Ueberzeugung, daß wir einen Verteidigungskampf führten und nicht einen Eroberungskrieg. Diese

Ueberzeugung haben Sie mit allen Mitteln zerstört. Die Parole lautete: Wer nur Verteidigungskrieg haben will, ist ein Vaterlandsverräter. Unser Vaterland muß größer werden im Westen und Osten. — Dadurch haben Sie nicht nur die Einheit und innere Kraft des deutschen Volkes gebrochen, sondern gleichzeitig dafür gesorgt, daß die Macht unserer Feinde von Monat zu Monat angewachsen ist, so daß kein Opfersinn das deutsche Volk mehr vor der Niederlage retten konnte. Sie haben die schwere Verantwortung, daß die ungeheure Macht Amerikas noch auf die Seite unserer Gegner kam. Man hat dem deutschen Volke vorgelogen, Amerika habe keine Hilfsmittel und hat alles getan, der französischen und englischen Politik zum Erfolge zu verhelfen, um Amerika gegen uns zu gewinnen. Nun gab es keine Rettung mehr. Sie sind daran schuld, daß das deutsche Volk keinen Verständigungsfrieden machte, so lange es noch stark war und Aussicht hatte, einen deutschen Frieden zu erlangen. Nachdem im Osten unsere Position zusammengebrochen, und auch die Türkei, Bulgarien und Oesterreich, waren wir Oktober 1918 soweit, daß wir restlos isoliert waren. Nach der zweiten Marneschlacht wußte unsere Armee, daß wir nicht mehr gewinnen konnten. Damit war unser Schicksal besiegelt. Endlich sah die Oberste Heeresleitung ein, daß es zu spät war, daß wir unterlegen waren. Am 24. Juni sagte Herr v. Kühlmann, mit der Waffe allein können wir nicht auskommen; auch die Politik muß uns helfen. Zwei Monate später sahen endlich die Herren von der Rechten ein, daß ihre Rechnung falsch gewesen, daß das Spiel verloren war, und da schrie sie nach Waffenstillstand innerhalb 48 Stunden. Die Oberste Heeresleitung verlangte sofort Waffenstillstand. Deshalb traten wir nicht mehr in die Regierung ein, da nichts mehr zu retten war. Wir haben aber unseren Entschluß geändert und sind in die Regierung eingetreten, weil das die einzige Aussicht bot, unser Volk zu retten und einen mäßigen Frieden zu erhalten. Vom Parteistandpunkt aus hätten wir es nicht tun sollen. Nun können Sie sich vorstellen, welche Gefühle wir haben, wenn wir heute die Schuldigen so auftreten sehen, wie Herr v. Graefe aufgetreten ist. Wenn im Oktober 1918 das deutsche Volk wie ein Löwe gekämpft hätte, so wäre doch alles verloren gewesen. Nichts hätte uns noch vor der furchtbaren Niederlage retten können, im Gegenteil wäre die Situation noch verschlechtert worden. Die Armee wäre restlos zerschlagen und zerschmettert worden. Der Feind wäre ins Land gekommen. Auch die Italiener wären im Süden ins Land gekommen. Der Versuch, den Zusammenbruch als eine Folge der deutschen Revolution hinzustellen, ist eine so grobe Entstellung der historischen Wahrheit, daß man es nicht für möglich hält, wie vernünftige Männer so etwas behaupten können. Nun schleudert Herr v. Graefe seine Anklagen gegen die Männer, die diesen Frieden unterzeichnen mußten. Alle, die in Weimar sich zu diesem Entschluß durchgerungen haben, wissen, wie schwer uns dieser Entschluß geworden ist. Der Einmarsch der Ententetruppen wäre die Zerreißung und Zerschmetterung Deutschlands gewesen. Auch im Osten und Norden drohten uns feindliche Angriffe. So mußten wir unterzeichnen, weil es keine andere Rettung mehr gab. Die Folgen der Annahme des Friedens waren immer noch nicht so furchtbar wie die der Ablehnung. Darum haben wir das kleinere Uebel gewählt. Nun kommt Herr von Graefe und hält angesichts einer derartigen Entscheidung heute eine solche Rede. Er sagte, es kommt ihm vor, wie ein Theater. Wir sind über die Gefahrzone noch nicht hinaus. Die Schwierigkeiten im Baltikum haben uns eine neue halbe Blockade zugezogen. Im Innern bedrohen immer neue Schwierigkeiten die Neuordnung der Dinge. Eine ungeheure Fülle von Schwierigkeiten hat die Nationalversammlung in Weimar überwunden, um uns zu festeren, ruhigeren Verhältnissen zu führen. Aber noch immer droht die Gefahr von links und von rechts. Die Rede des Herrn von Graefe ist ja nichts anderes als eine Propaganda der bolschewistischen Tendenzen. Seine Taktik läuft darauf hinaus, diese Regierung unmöglich zu machen. Dann kommt die Revolution von rechts. Eine solche Politik ist so verblendend, daß es mir schwer fällt, anzunehmen, daß sie wirklich von vernünftigen Menschen verfolgt wird. Halten Sie (nach rechts) nach dem Chaos wirklich eine Wiederaufrichtung des alten Regimes für möglich? (Abg. Schultz-Bromberg: Wie kommen Sie dazu, uns so etwas zu unterstellen?) Weil das die einzige vernünftige Erklärung für Ihre Politik ist. Wenn man so systematisch unsere Reichswehr innerlich zu zersetzen sich bemüht, so finde ich dafür keine andere Erklärung, als daß man das Chaos wünsche als Uebergangsstadium zu einer monarchischen Restauration wie in Ungarn. Ich hoffe, daß die Rede des Herrn von Graefe nach der andern Seite eine wohltätige Wirkung üben wird, daß sie den Mehrheitsparteien klar macht, daß wir noch nicht über die Gefahrzone hinaus sind, daß es, so lange wir in dieser unendlichen Gefahr schweben, keine Rettung gibt, als daß man auf einer großen einheitlichen Linie zusammensteht, um das Ziel, die Wiederherstellung unserer inneren Ruhe und Ordnung, die Sicherheit nach außen und den Wiederaufbau unseres Volkes zu erreichen. Halten wir so zusammen, dann sind wir stark genug, der Gefahr von links und der Gefahr von rechts zu begegnen, und das bedeutet die Rettung unseres Landes. (Lebhafter Beifall links.)

Dr. Haas (DDP.): Es wäre ein Glück für uns, wenn wir uns rein sachlich über die Reformen unterhalten könnten, die im Interesse der Reichswehr etwa erforderlich sind. Die Verwirklichung Ihrer (nach rechts) reaktionären Pläne würde unbedingt zur Anarchie, zum Spartakismus und damit zum Zusammenbruch des deutschen Volkes führen. Unerhört ist die Behauptung, durch die Revolution sei die deutsche Armee um ihre Siege gebracht. Es ist unerhört, daß solche Behauptungen geradezu systematisch von alldeutschen Lehrern den Kindern in der Schule beigebracht werden. Herr von Graefe und seine Freunde sind auch daran schuld, daß nicht vor 1916 in Friedensverhandlungen eingetreten wurde. Schon 1915 hatte man kein Verständnis für die Seele des deutschen Soldaten im Schützengraben, der wohl kämpfen wollte für Verteidigung von Haus und Hof, aber nicht für die Ziele der Schlotbarone. Aber schon damals hatte man den Gedanken auf unerhörte Eroberungen hingerichtet. Die Ludendorffschen Artikel beweisen nur aufs neue die Tatsachen, daß dieser Mann verständnislos der Volksseele gegenüberstand. Wenn weiter von Ihrer (nach rechts) Seite der politische Kampf in so verhetzender Form geführt wird, muß das zum Unglück des deutschen Volkes führen. Ludendorff ist unzweifelhaft ein großer Heerführer, aber niemals der Freund der Soldaten gewesen. Bezeichnend für Ihre (nach rechts) Verständnislosigkeit ist auch Ihre Weigerung, an sich sonst durchaus geeignete Leute ohne Einjährigenzeugnis zum Offizier zu befördern. (Sehr richtig!) Für eine ausreichende Löhnung der Reichswehr sind wir stets eingetreten. Vor allen Dingen muß für eine Erhöhung der Beköstigungsgelder und für höhere Soldsätze gesorgt werden. Nur dann wird es uns möglich sein, eine brauchbare und zuverlässige Truppe der Reichswehr zu erhalten. Ein Soldat muß gut gekleidet werden, sonst macht ihm sein Handwerk keinen Spaß. Gibt man ihm kein gutes Essen, so läßt sich die Reichswehr nicht zusammenhalten. Jetzt schon muß festgestellt werden, welche Stellen den Heeresangehörigen im Staats- und Kommunaldienst offenzuhalten sind, die ihre spätere Existenz sichern. Dazu müssen sie den nötigen Vorbereitungsunterricht bekommen. In den Formationen darf keine Hetze gegen die jetzige Regierung und die Verfassung geduldet werden. Es geht um Leben und Sterben des Volkes, und der versündigt sich am Volke, der die Autorität dieses Staates und der jetzigen Regierung systematisch untergräbt. Dem Antrag der Rechten auf Aufhebung der Zensur stimmen wir nicht zu. Er ist ein Agitationsmanöver und will Mißtrauen gegen den Minister aussprechen. Ruhe und Ordnung müssen erhalten bleiben. Wir brauchen die Zensur, um gegen rechts und links vorgehen zu können. Die Tatsache, daß unsere kleine Armee teurer wird als die frühere große, sollte auch der Entente zu denken geben. Der Friedensvertrag ist in dieser Beziehung geradezu unsinnig. (Beifall links.)

Koenen (USP.): An der Länge der Kriegsdauer sind die Mehrheitssozialisten vielleicht noch schuldiger wie die Rechtsparteien, denn sie haben das Vertrauen, das das deutsche Volk der Sozialdemokratie entgegenbrachte, gemißbraucht. Unsere Fraktion hatte von Anbeginn die Kriegspolitik bekämpft. (Widerspruch bei den SD.) Angesichts der 204 Milliarden Schulden und der hinzutretenden Aufwendungen für die Entente werden wir mit Jahresausgaben von 25 bis 30 Milliarden rechnen müssen. Wie kann man bei einer solchen Riesenbelastung noch in jedem Monat mehr als eine Milliarde für die Reichswehr ausgeben? Dazu kommen die Unsummen für die Militärpolizei in den Großstädten und die Kosten der Einwohnerwehren. Als Noske noch Sozialdemokrat war (Heiterkeit), da richtete er Vorwürfe gegen den alten Militarismus, die sich jetzt ebenso scharf gegen ihn richten müßten. Werbungen für das Baltikum sind bis in die letzten Tage erfolgt. Der Minister muß diesem Treiben Einhalt tun. Das Verschieben geht ins Grenzenlose. In Mitau ist der ganze Bestand des Bahnhofes verschoben worden. In der französischen Kammer wurde offen gesagt, daß Noske gemeinsam mit den französischen Imperialisten diesen Kampf dort oben führte. Ferner wurde gesagt, daß Erzberger 5000 Maschinengewehre zurückbehalten habe, um die Revolution bekämpfen zu können. Was ist daran Wahres? Die Franzosen haben großes Interesse an der Bekämpfung des Bolschewismus, um ihre Milliarden zu retten. Wir wollen nicht, daß die Revolution den Interessen der Kapitalisten ausgeliefert wird. Ist der sofort aufzunehmende Kampf gegen die Bolschewisten, Kommunisten und Unabhängigen, zu dem die Generale in ihren Erlassen auffordern, die Verwirklichung der neuen Freiheit? Sogar ein Streikverbot verlangen sie bereits. Und Herr Noske? Daß er noch Sozialdemokrat ist, glaubt er doch wohl selber nicht mehr. Einen Rückhalt hat er in der Arbeiterschaft nicht mehr. Früher hat man sich über den Schießerlaß des Herrn v. Jagow überall noch hell entrüstet; heute proklamiert Herr Noske: Je kleiner die Truppe ist, desto schärfer soll sie zufassen. Davon gab das Eingreifen der angeblichen technischen Nothilfe in Bitterfeld in den letzten Tagen ein besonderes krasses Beispiel. Die Offizierskamarilla sieht in den Arbeiterorganisationen als solchen die Gefahr und bekämpft sie mit allen Mitteln. Unter ärgstem Verstoß gegen die Verfassung wird in Eisenach und Halle noch die Präventivzensur gehandhabt und werden Privatbriefe erbrochen. Noch heute ist die „Republik“ verboten, die „Freie Jugend“ unterdrückt und selbst die Witzblätter sind dem Verbote verfallen. (Als Redner auf die Unterdrückung des unabhängigen Organes in Breslau durch den Staatskommissar Hörsing eingeht, wird er vom Präsidenten mit dem Hinweis darauf, daß er bereits nahezu zwei Stunden spreche, bei der Sache zu bleiben ermahnt.) Da sich die Zeitungsverbote in den letzten Wochen gehäuft haben, müssen wir den Antrag der Deutschnationalen unterstützen. Ebenso gesetzwidrig sind zahlreiche Versammlungsverbote im westlichen Industriegebiet erfolgt. — Unter wachsender Unruhe des Hauses und andauernd von Schlußrufen unterbrochen, sucht der Redner noch weiter darzulegen, wie nahe die Gefahr der Konterrevolution bereits gerückt ist. Er fragt, ob Herr Noske die Kompagnien der Stahlhelmorganisationen, der Konkurrenten der Reichswehr, bezahle und ruft Stürme erregten Widerspruches hervor, als er die Behauptung aufstellt, daß die Gelder der Steuerzahler zu militärischen Organisationen Verwendung finden, die gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages verstoßen. Die Urheber der Konterrevolution möchten einen neuen Krieg und brauchen eine neue Armee. Wenn die jetzige Regierung noch länger am Ruder bleibt und es uns nicht gelingt, die Massen im Taumel zu halten (große Heiterkeit), dann werden wir im inneren Kriege bald ebenso viele Opfer haben wie der ganze Krieg 70/71 an Toten verzeichnete. Von uns zu Ihnen führt keine Brücke. (Lachen bei der Mehrheit.)

Reichswehrminister Noske: Von den angeblichen Hungerstreiks in den Gefängnissen ist mir nur einer bekannt. Es handelt sich um einen Mann, der fünf Tage lang hungerte. Er hat es glänzend überstanden. In der Nacht hat er Schokolade gegessen. (Große Heiterkeit.) Waffen können jetzt nicht von jedermann getragen werden, sondern nur von der Reichswehr. Daß sie eine Mustergewerkschaft werden soll, müssen wir ablehnen. Sie wird anständig besoldet, muß aber ein bedingungsloses Werkzeug in der Hand der Regierung sein. Die Zahlen, auf die der Vorredner anspielt, bezüglich der Opfer in den inneren Wirren sind eine maßlose Uebertreibung. Immerhin hat es in München 500 bis 700 und in Berlin 1200 Tote gegeben, aber bin ich dafür verantwortlich, daß fünf Tage lang der Straßenkampf hier getobt hat? Wenn Sie Angst vor weiteren Opfern haben, dann rate ich Ihnen dringend, sorgen Sie dafür, daß Ihnen die Leute in der Hand bleiben. Nun werde ich nach den Listen gefragt, die im Ministerium geführt werden. Es handelt sich darum, eine Art von Feuerwehr zu bekommen, die dafür sorgt, daß uns das Haus über dem Kopf nicht angezündet wird. (Zuruf bei den USP.: Bekommen die Leute auch Gewehre?) Natürlich, denn es ist gefährlich, anderen, die mit Gewehren anrücken, mit Besenstielen entgegenzugehen. (Heiterkeit.)

Sie fragen, ob das den Friedensvertrag nicht verletze. Es ist Ihnen vielleicht bekannt, daß der Friedensvertrag noch gar nicht ratifiziert ist. Ueber zu große Ausgaben für die Polizei brauchen Sie sich nicht zu beklagen. Wir brauchen ein Instrument, das uns die absolute Gewähr für die Ordnung im Lande gibt. Die Methoden des Vorredners halte ich für unpraktisch. Ich bleibe bei meinen. (Beifall.)

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In persönlicher Bemerkung erklärt

Dr. Mumm (DNP.) dem Reichsminister Dr. David gegenüber, er habe bei seinen Vorträgen an der Front niemals die Frage der Kriegsziele behandelt, wohl aber in der Heimat.

v. Graefe (DNP.) bestreitet dem Abg. Haas, daß die Anträge der Deutschnationalen lediglich agitatorischen Zwecken dienten. Das sei eine objektive Verleumdung. (Präsident Fehrenbach: Eine objektive Verleumdung gibt es nicht. Ich bitte, den Ausdruck zurückzunehmen.) Dann war es eine Unterstellung.

Präsident **Fehrenbach** stellt fest, daß Reichswehrminister Noske von nichtswürdiger Denunziation gesprochen habe. Wenn sich dies auf ein Mitglied des Hauses beziehen sollte, so müsse er dies rügen.

Das Gehalt des Reichswehrministers wird bewilligt.

Vor der Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen, betreffend die Pressefreiheit, gibt

Loebe (SD.) für seine Partei die Erklärung ab, daß diese den Antrag als überflüssige Selbstverständlichkeit ansehe. Sobald von rechts und links auf die Anwendung von Gewalt verzichtet werde, müsse der Belagerungszustand und damit die Pressezensur aufgehoben werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Entschließung der Deutschnationalen, betreffend die Rangerhöhung der Wachtmeister, wird angenommen.

Beim Titel Bildungswesen tritt

Frau **Behm** dafür ein, daß der Reichswehr eine gute Bücherei zur Verfügung gestellt werde.

Der Titel wird bewilligt.

Im Sinne der Ausschußbeschließung ist im Laufe der Sitzung ein Antrag der drei Mehrheitsparteien eingebracht worden, der zu den dort ausgeführten einzelnen Wünschen noch den hinzufügt, daß mit höchster Beschleunigung in allen Verbänden der Reichswehr ein umfassender Unterricht zur allgemeinen Weiterbildung und zur Vorbereitung auf künftige Berufe durchgeführt wird.

Diese Entschließung wird gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Damit sind die Vorschläge des Ausschusses erledigt.

Eine weitergehende Entschließung der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Haushalt des Reichsheeres wird nach den Ausschußvorschlägen bewilligt.

Es folgt der

Haushalt des Reichsmilitärgerichts.

Dr. Cohn (USP.) wünscht vor einer grundsätzlichen Revision des Militärstrafrechts die Schaffung eines geordneten Rechtsverfahrens zu sichern.

Reichswehrminister **Noske:** Ich hoffe, dem Hause nach Beendigung der Ferien den Gesetzentwurf zur Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit vorlegen zu können.

Der Haushalt des Reichsmilitärgerichts wird bewilligt.

Es folgt der

Haushalt der Verwaltung der Reichsmarine.

Dr. Mittelmann (DVP.): Die Schmach Deutschlands kommt uns bei keinem Etat so zum Bewußtsein wie bei diesem. Aber wir wollen trotzdem nicht verzagen. Unsere Flotte wird klein sein. Aber sie muß darum in technischer und personeller Beziehung das Beste darstellen, was es überhaupt gibt. Eine Erhöhung der Bezüge für Offiziere und Mannschaften ist unbedingt notwendig. Früher hatten wir Sauberkeit und Reinlichkeit der Staatsverwaltung und im ganzen öffentlichen Leben. Heute finden wir eine Verschleuderung von Staats- und Reichsgeldern, ein Schieber- und Wuchertum ohnegleichen. Wir lehnen jeden gewaltsamen Putsch ab, aber das alte Reich sollen Sie uns nicht aus dem Herzen reißen. Ich hoffe, daß es keinen Abgeordneten gibt, der das Denunzieren auch auf die Marine überträgt, sonst hätte ich dafür nur den Ausdruck Pfui, Teufel! (Präsident Fehrenbach rügt den Ausdruck.) Hoffentlich kommt bald wieder eine Zeit, in der wir mit Stolz auf unsere Flotte blicken können. (Beifall rechts.)

Bruchhoff (DDP.): Von unserer ehemals so stolzen Flotte bleibt nur ein kleiner Rest übrig. Der Friedensvertrag schreibt uns die Zahl der Schiffe, Geschütze und Mannschaften vor. In der neuen Organisation darf die Technik nicht zu kurz kommen.

Andre (Z.): Wir werden alles tun, um unsere kleine Marine wieder zu einem beachtenswerten Faktor zu machen. Der Abbau der Kriegsmarine ist schnellstens durchzuführen. Wir wünschen weder eine Politisierung des Heeres noch der Marine.

Oberfohren (DNP.): Wir nehmen mit tiefer Wehmut von unserer stolzen Flotte Abschied. Der Personalbestand unserer künftigen Flotte darf nach dem Friedensvertrage nur ein Zehntel des früheren betragen. Damit sinkt die Flotte auf den Stand von 1870 herab. Darum fordern auch wir, daß der Technik in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Admiral **von Trotha:** Für alle Worte ehrender Anerkennung, die der Marine heute gewidmet wurden, sage ich namens der Marine herzlichsten Dank. Wir gedenken aller Offiziere und Mannschaften, die ihr Alles darangesetzt haben, um dem Vaterlande, wenn möglich, zum Sieg zu verhelfen und insbesondere der Tapferen, die auf dem Meere den Heldentod gefunden haben. (Beifall.)

Der Marinehaushalt mit den zugehörigen Ausschußanträgen wird angenommen.

Der Haushalt des Reichstages wird, nachdem der Abgeordnete Dusche (DVP.) den Wunsch ausgesprochen hatte, in den Waschräumen des Reichstages wieder Handtücher auszulegen, wobei er für seine Parteifreunde Garantie für korrekte Benutzung übernehme (Heiterkeit.), bewilligt.

Ohne Aussprache werden bewilligt die Haushalte für den Rechnungshof des Deutschen Reiches, für die Reichsdruckerei, die Reichsschuld, die allgemeine Finanzverwaltung sowie das Haushaltsgesetz.

Damit ist der Reichshaushaltsplan in zweiter Lesung erledigt.

Eine große Reihe Bittschriften wird sodann zur Erledigung gebracht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Donnerstag, 30. Oktober, 9½ Uhr vormittags: Dritte Haushaltsberatung.

Schluß gegen 8¾ Uhr.

Politische Nachrichten.

Der Friedensvorschlag der Sowjetregierung.

Der Manchester „Guardian“ veröffentlicht eine Unterredung mit Lenin, der dem Ausfrager schließlich den Friedensvorschlag zeigte, welchen die Sowjetregierung kürzlich Herrn Bullit mitgegeben hat. Der Friedensvorschlag beruht auf folgenden Grundsätzen: Alle Regierungen, die sich innerhalb des alten russischen Reiches gebildet haben, sollen vollkommene Macht über das von ihnen besetzte Gebiet haben, bis die Einwohner diejenige Regierungsform bestimmt haben, die sie vorziehen. Keine dieser Regierungen soll die andere mit Waffengewalt angreifen; Aufhebung der Blockade, Wiederherstellung der Handelsbeziehungen; alle in Rußland erworbenen oder eingeführten Produkte sollen allen Volksklassen ohne Ausnahme zugänglich sein. Vollkommene Amnestie zwischen allen russischen Regierungen gegenüber ihren politischen Gegnern, Soldaten eingeschlossen. Die alliierten Truppen verlassen Rußland, die Sowjet- und Antisowjetarmee werden gleichzeitig auf den Friedensstand verringert. Alle russischen Regierungen erkennen gemeinsam die finanziellen Verpflichtungen des früheren russischen Reiches an. Freiheit des Wohnsitzes und Freizügigkeit aller russischen Staatsbürger in allen Teilen Rußlands und schließlich Zurückführung aller Kriegsgefangenen.

Außenminister Müller über Rußland.

Gegenüber einem Ausfrager erklärte der Reichsminister des Aeußern, Genosse Müller, sich gegen eine Beteiligung an der Blockade gegen Sowjetrußland und für Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands und seiner Randländer, deren Selbstbestimmungsrecht von Deutschland natürlich vollkommen anerkannt wird.

Erleichterung und Regelung der Einreise ins besetzte Gebiet.

Wie den „P. P. N.“ aus Duisburg gemeldet wird, ist der Streik auf der linken Rheinseite beendet; sämtliche Betriebe sind wieder in Tätigkeit. Der Belagerungszustand über den Landkreis Moehr ist aufgehoben, alle Verkehrsbeschränkungen sind beseitigt. Die siebenstündige Schicht ist versuchsweise eingeführt. Die deutschen Staatsangehörigen, die Angehörigen derjenigen Länder, welche mit Deutschland verbündet waren, und die Angehörigen neutraler Staaten können sich vom besetzten Deutschland ins unbesetzte mit einem Reiseerlaubnisschein begeben, welchen die Militärbehörde ausstellt. Die deutschen Staatsangehörigen dürfen sich auf Grund eines deutschen Passes, der den Sichtvermerk der besetzenden Militärbehörde trägt, in die besetzte Zone begeben. Ein Personalausweis, der mit einem vom Ortskommando ausgestellten Sichtvermerk über den Grenzverkehr versehen ist, kann den Reiseerlaubnisschein ersetzen.

Vom russischen Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Generals Judenitsch mußten Krasnoje Selo und Gatschina räumen. Denikin meldet Fortschritte.

Nach einer Meldung des Amsterdamer „Telegraaf“ habe der britische Unterstaatssekretär des Aeußern im Unterhause mitgeteilt, daß demnächst eine Zusammenkunft von Vertretern Englands und Sowjetrußlands in Skandinavien wegen des Gefangenenaustausches erfolgen soll. England habe die Bolschewistenführer drahtlos gewarnt, daß sie für das Schicksal der gefangenen Engländer verantwortlich gemacht werden.

Aus dem Baltikum sind seit Dienstag neue Heimtransporte in Bewegung gesetzt worden, darunter auch Artillerie.

Die westrussische Werbezentrale.

Die Kommandantur Berlin teilt mit, daß bereits eine ganze Anzahl von Werbern festgenommen worden sei, so unlängst in Schöneberg eine Werbezentrale mit 20 Personen. Es sei ermittelt worden, daß eine feste Verbindung zwischen den Werbeorganisationen in Berlin, Thüringen und Bayern besteht.

Die deutschen Entschädigungen an Belgien.

Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß der Ententekommission in Berlin weitere 11 belgische Mitglieder angegliedert wurden, die die belgischen Zwangsdeportationen aufklären sollen. Nach einer Brüsseler Meldung sind im ganzen 62 030 Belgier zwangsweise nach Deutschland gebracht worden. Dafür wird Deutschland 5 Milliarden Entschädigung zahlen und die Schuldigen ausliefern müssen, die wegen Angriffs auf die persönliche Freiheit abgeurteilt werden sollen.

Der Belagerungszustand in Thüringen und Sachsen.

Die „Freiheit“ beschwert sich darüber, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes über einige Kreise in Thüringen durch den Reichspräsidenten der Nationalversammlung noch nicht angezeigt worden ist, obgleich dies nach Artikel 48 der Reichsverfassung unverzüglich zu geschehen hat.

Nach der Verhängung des Belagerungszustandes über Sachsen hatte der Leipziger Arbeiterrat in einer Bekanntmachung den Belagerungszustand für Leipzig als zu Unrecht bestehend erklärt. Diese Bekanntmachung war in zwei bürgerlichen Blättern und in der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt worden. Jetzt wurden zwei Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen von 3 bezw. 4 Monaten verurteilt. In der Verhandlung wurde nach der „Freiheit“ festgestellt, daß das sächsische Belagerungszustandsgesetz, welches nunmehr fast 68 Jahre besteht, vorher noch niemals angewandt worden sei.

Wahlkampf in Elsaß-Lothringen.

Ueber den Wahlkampf in Elsaß-Lothringen wird dem „Vorwärts“ geschrieben: Die sozialistische Presse führt eine sehr scharfe Sprache gegenüber den bürgerlichen Kandidaten und wirft verschiedenen von ihnen vor, daß sie ihre preußischen Orden immer noch nicht zurückgegeben haben. (Wem sollen sie diese denn zurückgeben? Die Red.) Die gesamte sozialistische Presse erklärt unzweideutig, daß sie auf dem Boden der Desannexion stehe und mit der Einverleibung von Elsaß-Lothringen vollständig einig sei, immerhin unter Wahrung der elsaß-lothringischen Eigenart. Die sozialdemokratischen Versammlungen weisen einen Massenbesuch auf, was als Beweis für die starke Unzufriedenheit und die großen Enttäuschungen gelten kann. Vielfach wird Saalabtreiberei gegen die Sozialisten betrieben.

Das Ergebnis der Schweizer Nationalratswahlen.

WTB. **Bern,** 29. Oktober. Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur: Die Wahlen für den Nationalrat, die erstmalig nach dem proportionalen Wahlsystem stattfanden, zeigen folgendes, wahrscheinlich endgültiges Ergebnis: Die freisinnig-demokratische Partei 63 Sitze, bisher 108, die katholisch-konservative Partei 43, bisher 42, die Sozialdemokraten 39, bisher 20, die Bauernpartei 27, bisher 0, die liberale demokratische Partei 9, bisher 11, ostschweizerische Demokraten 4, bisher 4, Grütlianer 3, bisher 11, ostschweizerische Demokraten 4, bisher 4, bisher 1, evangelische Partei 1, bisher 0. In Zürich wurde Nobs gewählt, während Platten nicht wiedergewählt worden ist. Die Sozialdemokraten rechneten auf 50 bis 60 Sitze.

Brasilien für den Friedensvertrag.

Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro hat die Friedenskommission der Brasilianischen Kammer dem Friedensvertrag zugestimmt mit Ausnahme desjenigen Teiles, der die Versetzung Wilhelms II. in den Anklagezustand enthält.

Kleine Mitteilungen.

Die preußische Regierung hat die Schulgelder an den höheren Schulen bedeutend erhöht.

„Telegraaf“ meldet aus London, daß eine Einladung an die deutschen und österreichischen Intellektuellen vom englischen „Verein zur Bekämpfung der Hungersnot“ erging. Das Ziel des Londoner Besuches ist, über die Linderung der Not in Deutschland und Oesterreich zu beraten.

Wegen Papiermangels dürfen die Wiener Tageszeitungen vom 3. November täglich nur zweimal zwei Textseiten umfassen.

Der „Nieuwe Courant“ meldet die Bildung eines Komitees, das durch eine Sammlung von Mitteln die schreckliche Not in Oesterreich und Ungarn mildern will.

Bei den Wahlen in Luxemburg wurden endgültig gewählt: 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 3 Mitglieder der Partei Prum und 2 Volksparteiler.

Hamburger Bürgerschaft.

88. Sitzung.

Mittwoch, den 29. Oktober, nachm. 5 Uhr.

Präsident Grosse eröffnet die Sitzung.

Es liegen zunächst eine Anzahl neuer Anträge und Eingaben vor. Darunter befindet sich eine Vorlage auf Entwurf eines Urlaubsgesetzes (eingereicht vom Zentralverband der Angestellten) und eine Anzahl Eingaben des Vertrauensrates der erwerbslosen technischen Angestellten. Der Bürgerschaft liegt außerdem ein Antrag der S. P. D. vor auf Bekämpfung der Heimarbeit und ein solcher auf baldige Vorlage eines Gesetzes, betreffend Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten. Wir veröffentlichen die Anträge im Wortlaut unter Hamburger Staatsangelegenheiten.

Brinckmann (DP.) richtet vor Eintritt in die Tagesordnung eine Anfrage an die Polizeibehörde wegen des unerlaubten Straßenhandels, gegen den er sich in kurzen Worten wendet. Dem Schiebertum und Schleichhandel seien Tür und Tor geöffnet. Auch das Almosenflehen der Kriegsbeschädigten sei allgemach unerträglich, so sehr man den Invaliden zu Dank verpflichtet sei, müsse doch hiergegen eingeschritten werden.

Senator **Hense** (SD.) antwortet: Die Frage der bettelnden Kriegsverletzten sei schwer zu beantworten. Wie soll man sie von der Straße bringen? Nimmt doch meist das Publikum für die Invaliden Partei, trotzdem wird das Publikum andauernd dahingehend belehrt, daß es nicht angebracht sei, auf der Straße Almosen zu geben. Betreffs des Straßenhandels ist an einigen Stellen und Plätzen dieser gestattet. Hier ist bereits eine wesentliche Besserung eingetreten. Trotzdem ist das Einschreiten erschwert mangels Gesetze. Es werden aber Verordnungen erwogen, mit denen man diesem Treiben ein Ende machen will.

Bergmann (USP) richtet eine Anfrage an den Senat, betr. Belegung der Erikaschule mit Militär. Es stehe ein Schülerstreik aus diesem Grunde bevor. Wir scheinen das viele Militär in den Kasernen nicht mehr unterbringen zu können.

Rode (VP): Es ist sehr falsch, die Belegung einer Schule mit einem Schülerstreik zu beantworten. Redner verspricht, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Mittelstein (DVP) bittet, Punkt 1 von der Tagesordnung abzusetzen, da der Ausschuß die Frage noch einmal besprechen müsse.

Die Bürgerschaft stimmt zu.

2. Erster Bericht des Ausschusses zur Beratung einer neuen Geschäftsordnung, und zwar über das Ersuchen des außerordentlichen Kriegsgerichtes um die Einwilligung der Bürgerschaft zur Strafverfolgung der Mitglieder der Bürgerschaft Lerbs und Leuteritz. (Wir verweisen hierbei auf die neulich unter „Hamburger Staatsangelegenheiten“ abgedruckte Vorlage.) Ein Antrag auf Nichterteilung der Einwilligung wird angenommen.

3. Bericht des Ausschusses zur Prüfung des Antrages des Senats, betreffend Gewährung weiterer Unterstützung an die Zentralstelle für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung. Der Senat beantragt: die Bürgerschaft wolle beschließen, daß der hiesigen Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für 1919 eine weitere Beihilfe von M. 45 000 gewährt wird und in Art. 96, Rubr. 25, des diesjährigen Staatshaushaltsplanes nachträglich eingestellt werde.

Schult (SD.) begründet das und bemerkt, daß es nicht die Absicht gewesen sei, den Senat zu übergehen.

Der Ausschuß selbst stellt den Antrag, die Bürgerschaft wolle 1. der Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung für den Rest des Jahres 1919 eine weitere Beihilfe von M. 10 000 gewähren, die in Art. 96 Rubr. 25 des diesjährigen Staatshaushaltsplanes nachträglich einzustellen ist; 2. grundsätzlich die Verstaatlichung der Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung beschließen; 3. den berichtenden Ausschuß beauftragen, Vorschläge zur Uebernahme der Zentrale für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung auf den Staat einschließlich Organisationsplan der künftigen amtlichen Einrichtung auszuarbeiten.

Theater und Musik.

Neues Operettentheater.

Der Direktion des Neuen Operettentheaters ist es gelungen, mit Georg Jarnos „Csikosbaronetz“ einen Schlager allerersten Ranges herauszubringen, der sicher das Repertoire der Bühne auf lange Zeit beherrschen wird. Fritz Grünbaum, der erfolgreiche Librettist der „Dollarprinzessin“, hat den amüsanten Text nach einer Novelle Alexander Petöfis bearbeitet, und Georg Jarnos hat eine abwechslungsreiche Musik dazu geschrieben, die er, unterstützt durch ein gutes Orchester, unter seiner persönlichen Leitung voll zur Geltung bringen konnte. Wundervolle Bühnenbilder sowie eine saubere Regie erhöhten den Reiz der Operette ungemein. Der Erfolg des Abends war ein durchschlagender. Bereits im ersten Akt setzten die Beifallsstürme des enthusiasmierten Publikums ein, die sich dann von Akt zu Akt steigerten und mit den Hervorrufen von Direktor und Komponisten ihren Höhepunkt erreichten. Ein harmonisches Zusammenspiel des Gesamtensembles erhöhte den Erfolg. Mia Adam-Schmieter (Jerka) und Max Anschütz (Elemer) gaben ein prächtiges Liebespaar, und Ella Löri als Fritzi von Schützingen steckte mit ihrem flotten Spiel und sprühenden Humor alle übrigen Darsteller an. Ihr Partner, Kurt Busch, meisterte gleichfalls seine Rolle trefflich, und der stets in Geldverlegenheit steckende heiratslüsterne Baron Koloman konnte gar keinen besseren Interpreten als Alfred Maak finden.

Arnold Winternitz wartete am Dienstag abend im kleinen Saal der Musikhalle mit eigenen Kompositionen auf. Dazu hatte sich eine recht zahlreiche Zuhörerschaft versammelt, was bei der jetzigen gähnenden Leere in den Konzertsälen immerhin erwähnt zu werden verdient. Das Programm, ein Liederzyklus von Bethge sowie Lieder von Uhland, Finckh, Dehmel und Falke fanden in Frau Winternitz-Dorda und Josef Groenen ausgezeichnete Interpreten. Beide Künstler wußten ihren Ruf, den sie als bewährte Stützen unseres heimischen Opern-Ensembles genießen, auch auf dem Konzertpodium zu rechtfertigen und verhalfen dem Komponisten zu einem großen Erfolg. Eugenie May-Giemsa, von ihrer Tätigkeit am Schauspielhaus noch in aller Erinnerung, las ein Märchen von Andersen, zu dem Herr Winternitz eine begleitende Musik geschrieben, und zog durch ihre große Vortragskunst die Hörer völlig in ihren Bann. Es dürfte wohl in vielen der Wunsch rege geworden sein, die Künstlerin häufiger auf dem Podium zu sehen. Der Komponist begleitete selbst und trug auch damit nicht wenig zum Erfolg des Abends bei.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Die Versuchsschule.

In einem außerordentlich stark besuchten Bezirkselternabend des 2. Schulbezirks sprach Herr W. Lottig in einem einstündigen Vortrag über die Versuchsschule. Herr Lottig suchte zunächst die wilden Gerüchte, die über die Versuchsschule herumlaufen, zu entkräften und wies besonders darauf hin, daß die Versuchsschule nicht, wie so vielfach angenommen wird, ein Revolutionskind, sondern ein Produkt langer, stetiger, zäher und sorgfältiger Entwicklung sei. Alfred Lichtwark, Otto Ernst, Karl Götze, Schulrat Maraun, Rektor Friedrichs, Schulrat Umlauf sind als Träger und Förderer der Idee der Versuchsschule zu bezeichnen. Doch ist die Revolution als ein starker Faktor an der Gestaltung der heutigen Form der Versuchsschule anzusehen. Der Redner zeigte, was während des kurzen Bestehens der Versuchsschule in hingebendem, ja aufopferndem Fleiß und großem Mut geschaffen wurde. Es galt, ein ganz neues Erziehungsideal, die Arbeitsschule im Gegensatz zur Lernschule, in die Tat umzusetzen. In der Versuchsschule gibt es keine Bindung, keinen Zwang für die Kinder, hier gilt, was das Kind will. Daher gibt es keine Schulordnung, keinen Lehrplan, keinen Stundenplan, keine Zeugnisse. Die Anfänge waren chaotisch. Und doch, oder vielmehr darum, sind heute Schüler, Lehrer und Eltern zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft zusammengewachsen, in der es keinen Unterschied zwischen Gebenden und Nehmenden gibt, in der vielmehr jung und alt, sich wechselseitig fördernd, Schulter an Schulter arbeitet, auf daß aus den Kindern Menschen, freie Menschen werden. Herr Lottig wünscht, daß überall in Hamburg der Gedanke, der in der Versuchsschule zur Tat geworden ist, neue Anhänger gewinnt, die, von dem neuen Glauben erfüllt, sich dafür einsetzen, ein neues starkes und freies Geschlecht zu erziehen. Die Haltung der Versammlung zeigte, wie wenig Verständnis zum Teil heute dem Gedanken der Versuchsschule noch entgegengebracht wird.

F. Leidner.

Aus der Theaterwelt. Hamburger Kammerspiele. Am Freitag gelangt im Erstaufführungsabonnement Gerhart Hauptmanns dramatische Dichtung „Winterballade“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Schröder, Gundra und They sowie die Herren Erich Ziegel (Sir Arthie), Albrecht, Alwa, Benekendorf, Marx und Weiolowsky. Die Spielleitung hat Erich Ziegel, Das Bühnenbild ist von Johannes Schröder entworfen.

Es sprechen dazu noch Hirsch (WB.) und Bleicken (Dem.), die noch besondere Vorschläge dazu machen. Schult (SD.) sagt zu, diese Dinge noch im Ausschuß zur Erwägung zu bringen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge angenommen.

4. Antrag von Ihle (SD.) und Genossen, betreffend Zahlung einer Beschaffungssumme an die Pensionäre der Versorgungskasse für staatliche Arbeiter. Der Senat wird ersucht, für den Fall, daß den hamburgischen Staatsbeamten, Angestellten und Arbeitern eine Beschaffungssumme gewährt wird, der Bürgerschaft eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche auch den Pensionären der Versorgungskasse für staatliche Angestellte und Arbeiter die Beschaffungssumme in gleicher Höhe wie für die pensionierten Beamten vorgesehen, gezahlt wird.

Ihle (SD.) begründet den Antrag und stellt die Lage der Rentner kurz dar, die eine solche Hilfe unbedingt nötig mache.

Frl. **Riekmann** (USP.) verwendet sich für ihren Antrag, der eine solche Beschaffungssumme auch für Invaliden und Rentenempfänger wünscht.

Nach einer Bemerkung von **Funke** (DP.) wird der Antrag angenommen.

5. Besoldungsreform für staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter. **Winkler** (DP.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, hinsichtlich der staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeiter eine durchgreifende Besoldungs- bezw. Lohnreform vorzubereiten.

Winkler (DP.). Da vom Reich eine Besoldungsvorlage vorbereitet wird, wird es für unzweckmäßig erachtet, jetzt den Antrag zu beraten. Ich beantrage daher Absetzung von der Tagesordnung.

Es wird so beschlossen.

6. Bericht des Ausschusses, betreffend Unterbringung von arbeitslosen kaufmännischen und technischen Angestellten. Der Ausschuß beantragt, zu beschließen: 1. daß die zu anderen Behörden abkommandierten Beamten, soweit möglich, schnellstens zu ihren Behörden zurückberufen werden; 2. für eine ausreichende Erweiterung der Hinterbliebenenversorgungs-Abteilung durch unverzügliche Freimachung von Diensträumen und entsprechende Vermehrung von Angestellten, insbesondere aus Kreisen der Kriegshinterbliebenen, zu sorgen. Für die Einarbeitung der neuen Angestellten können bereits entlassene weibliche Personen wieder vorübergehend eingestellt werden. Der Antrag wird angenommen.

7. Antrag von Bergmann und Genossen auf Aenderung des § 10, betreffend das Hamburgische Gewerbegericht, vom 25. Oktober 1905.

Der Antrag lautet: Wir beantragen, die Bürgerschaft wolle beschließen:

§ 10 des Gesetzes, betreffend das Hamburgische Gewerbegericht, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1905 und in der Aenderung des Gesetzes vom 25. Oktober 1907 wird dahin geändert, daß im Absatz 1 nach den Worten „ersetzt wird" folgt: „Beisitzer, die im Arbeitsverhältnis stehen und deren Einkommen M. 8000 nicht übersteigt, erhalten außerdem den ihnen entgangenen Arbeitsverdienst."

Dazu ein Antrag von Hey (DDP.) und Gen., die beantragen: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage, durch welche die im § 10 des Gesetzes, betreffend das hamburgische Gewerbegericht, festgesetzte Entschädigung für Zeitversäumnis angemessen erhöht wird."

Ferner ein Antrag von Ed. Müller (DVP.) und Gen: „Wir beantragen: Die Bürgerschaft wolle zur Prüfung des Antrages Bergmann, betreffend Gewerbegericht, diesen einem Ausschuß von zehn Personen überweisen."

Müller (DVP.) begründet seinen Antrag. Die Sache müsse erst geprüft werden.

Hirsch (WB.) macht einen Abänderungsvorschlag zum Bergmannschen Antrag, falls dieser nicht besser einem Ausschuß überwiesen werde.

Kalweit (USP.) macht einige Ausführungen zum Antrage seiner Fraktion. Der Arbeitslohnverlust müsse unbedingt ersetzt werden bei allen ehrenamtlichen Funktionen.

Biedermann (SD.): Wir hatten eigentlich vor, dem Antrag der Unabhängigen zuzustimmen. Nun aber andere Vorschläge dazu vorliegen, sind wir für Ausschußberatung. Auch die Schöffen und Geschworenen könnten vielleicht dann noch eine solche Entschädigung zugewiesen erhalten.

Hey (DDP.) ist auch für Ausschußberatung. Diese wird dann beschlossen.

8. Abänderung der Hebammenordnung. Der Senat legt der Bürgerschaft ein Gesetz zur Genehmigung vor, betreffend die Abänderung der Hebammenordnung vom 29. Dezember 1899.

Frau **Euder** (DVP.) spricht zu dem Gesetz. Die Lage der Hebammen sei sehr schlecht, die Taxe sehr niedrig.

Frau **Schröder** (SD.): Wir stimmen dem Gesetz zu. In Wandsbeck und Altona sind in der Bezahlung die Hebammen Hamburg weit voraus. Der Senat muß hier für Abhilfe sorgen. Die Hebammen dürfen keineswegs dazu getrieben werden, Nebenbeschäftigungen anzunehmen. Wir fordern, die Armenanstalt wolle auch die Sätze erhöhen und ferner eine Entschädigung während der Zeit des Fortbildungsunterrichts den Hebammen zugesprochen werden.

Das Gesetz wird dann angenommen.

9. Antrag von Winter und Genossen, betreffend den Bahnhof Landungsbrücken. Die Bürgerschaft ersucht den Senat, alsbald zu veranlassen, daß im Interesse des Verkehrs am Bahnhof Landungsbrücken ein zweiter Ein- und Ausgang geschaffen wird.

Senator **Weinheber** (SD.): Die Kommission hat das Projekt der Hochbahn für einen zweiten Ein- und Ausgang angenommen und die Arbeit soll baldmöglichst in Angriff genommen werden.

Winter (SD.) zieht seinen Antrag zurück, da er durch die Erklärung Weinhebers seine Erledigung gefunden hat.

10. Aufhebung der 2. Wagenklasse der Hochbahn.

Bergmann (USP.) u. Genossen beantragen, die Bürgerschaft wolle beschließen: Bei der Hoch- und Straßenbahn A.-G. wird die zweite Wagenklasse ab 1. September d. Jahres aufgehoben. Die noch länger währenden Abonnements sind auf die dritte Wagenklasse umzutauschen.

Dazu beantragen Kempkens (SD.) u. Genossen: Den Antrag Bergmann dahingehend abzuändern, daß als Termin für den Wegfall der zweiten Wagenklasse anstatt der 1. September 1919 der 1. Januar 1920 gesetzt wird. Grevsmühl (DNP.) und Genossen: „Wir beantragen, die Bürgerschaft wolle beschließen: den Antrag Bergmann, betreffend Aufhebung der 2. Klasse der Hochbahn, an den Ausschuß zur Beratung der Aenderung der Tarife der Straßenbahn, Hochbahn usw. zu verweisen."

Meyer (SD.) beantragt, diesen Punkt heute abzusetzen. Die Frage würde in der nächsten Sitzung sowieso besprochen werden müssen.

Darauf zieht Bergmann den Antrag zurück.

11. Die Sonderbesteuerung der Reeder.

Hierzu verweisen wir auf den vorletzten Bürgerschaftsversammlungsbericht. Es hatte bereits zu der Frage Siemer (USP.), Stubmann (DP.) und ein Deutschnationaler gesprochen. Heute eröffnet die Besprechung

Gaack (SD.). Im allgemeinen sind wir mit dem Antrag Bergmann einverstanden. Demnächst wird aber ein Reichssteuergesetz in Kraft treten, so daß Sonderbesteuerungen nicht mehr recht angebracht sind; daher sind meine Freunde für Ablehnung. Wir erkennen wohl an, daß die Schiffahrtsangestellten durch die Ablieferung der Flotte an die Entente in eine Notlage gekommen sind. Wir treten dafür ein, daß bei der Reichsregierung Schritte unternommen werden und stimmen daher dem Antrag Stubmann zu.

Hüne (WB.) erkennt die Notlage ohne weiteres an. Das berechtigt aber keineswegs eine Sonderbesteuerung der Reeder. Wir lehnen also den Antrag ab und sind für Ausschußberatung.

Dr. **Koch** (DNP.) hätte gern gehört, ob es nicht möglich sei, daß Seeleute auf neutralen oder feindlichen Schiffen anmustern könnten. Wir sind nun einmal jetzt Knechte zur See und nicht Herren (Zurufe), wie wir es hätten sein können.

Stubmann (DDP.): Herr Siemer wird sicher im Schlußwort noch allerlei sagen, was man nachher nicht mehr widerlegen kann. Er polemisiert dann gegen die U. S. P. und führt als Kronzeuge für die „Unantastbarkeit" des Kapitals Bernstein an, was wieder lebhafte Zurufe zur Folge hat. Herr Reich, Bernstein ist jedenfalls ein Mann, von dem Sie noch sehr viel lernen könnten (Heiterkeit). Redner liest dann noch eine Stelle aus dem „Seemannsbund" vor, wo zur Sabotage der Schiffahrt aufgefordert wird. Der Antrag schädigt die Schiffahrt und muß daher abgelehnt werden.

Siemer (USP.): Ich möchte fragen ob es bekannt ist, daß die Hamburg-Amerika-Linie ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegen die in Amerika internierten Angestellten noch nicht einmal nachgekommen ist. Wenn große Reedereien dazu übergehen, ihre Obligationen einzulösen, dann müssen die Aktien sprunghaft in die Höhe gehen. Die Chartergelder sollen dazu dienen, den Aktionären den Mund zu stopfen und ihnen für die letzten fünf Kriegsjahre Dividenden zu zahlen. (Dr. Stubmann ruft: Vollkommen unwahr!). Sie sollten aber benutzt werden, den Angestellten zu helfen.

(Wiederholt vom Präsidenten ermahnt, nicht immer zu Herrn Dr. Stubmann zu reden, fängt Redner zu allgemeiner Heiterkeit des Hauses immer wieder seine Rede an: „Herr Dr. Stubmann . . . .").

Herr Dr. Stubmann benutzt seine Kenntnisse, anstatt aufklärend zu wirken, um Verhetzung hereinzutragen. Ja, um Verhetzung in die Bürgerschaft hineinzutragen. (Rüge durch den Vorsitzenden.) Sie lesen wohl keine Zeitung, Herr Dr. Stubmann. (Heiterkeit.) Das Wirtschaftsleben ist durch den Krieg zusammengebrochen. Wären die Seeleute sich einig, dann wäre es anders. (Hofmann: Dann hätte der Seemannsbund nicht kommen dürfen! Heiterkeit.) Die Bürgerschaft wird es später einmal bereuen, diesen Antrag abgelehnt zu haben. Herr Dr. Stubmann weiß die wahren Zahlen und sagt sie nicht, er hat also die Bürgerschaft irregeführt und geht nur mit Redensarten hausieren. Zum Schluß vergleicht Redner die Reeder mit einer Schiebergesellschaft.

Dr. **Stubmann** (DDP.). Persönliche Bemerkung: Ich kann keinen Satz des Herrn Siemer für richtig halten, und Herrn Siemer wird es selbst unmöglich sein, das zu beweisen. Ich bin nicht Syndikus des Zentralvereins deutscher Reeder. Die Berichte, auf die Herr Siemer sich bezieht, entstammen Privatquellen, die nicht sachverständig sind. Ich stelle fest, daß Herr Siemer seinen Antrag nur gestellt hat, um Schiebereien aufzudecken. (Zuruf Siemers: Unerhörte Verdrehung.)

Siemer (USP.): Ich muß mich dagegen wehren, daß Herr Stubmann mir Dinge unterschiebt, die ich nicht gesagt habe. Unser Antrag ist gestellt, um den notleidenden Schiffahrtsangestellten zu helfen (Zuruf Dr. Stubmanns), daß wir ihren rechtsverdreherischen Kenntnissen nicht gewachsen sind. (Weiteres geht im Gelächter des Hauses über.)

Dr. **Düker** (DVP.): Ich möchte nur feststellen, daß es rechtsverdreherische Kenntnisse nicht gibt. (Stürmische Heiterkeit.)

Siemer (USP.): Ich stelle fest, daß ich seit 20 Jahren im Kampf mit dem Reedertum stehe. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Antrag Stubmann wird angenommen.

Es wird nunmehr beschlossen, Punkt 12 und 13 zusammen zu behandeln.

12. Verwaltungsräume für den Arbeiterrat.

Bergmann (USP.) und Genossen beantragen: Die Bürgerschaft wolle beschließen: Dem Arbeiterrat wird ein Staatsgebäude bezw. geeignete Räume innerhalb eines Staatsgebäudes für Verwaltungsräume ꝛc. zur Verfügung gestellt. Die erforderlichen Kosten für einen eventl. Umbau sowie für die Beschaffung des Inventars werden von dem hamburgischen Staate übernommen.

13. Aufgabenbereich des Arbeiterrates.

Der von Ballerstaedt (SD.) und Genossen gestellte Antrag lautet: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat um eine Vorlage, betreffend gesetzliche Festlegung der Stellung und des Aufgabenbereiches des Arbeiterrates von Groß-Hamburg."

Dazu beantragen Hey (DDP.) und Genossen: „Die Bürgerschaft ersucht den Senat, bei der Reichsregierung für die baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs einzutreten, durch welche gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern geregelt werden."

Wagner (USD.): Für eine aus den öffentlichen Wahlen hervorgegangene Körperschaft ist es ein unwürdiger Zustand, in solchen Räumen untergebracht zu sein, wo der Arbeiterrat jetzt arbeiten muß. Auch die zahlreichen Kommissionen haben keine geeigneten Räume. Es ist notwendig, daß dem Arbeiterrat ein Staatsgebäude zur Verfügung gestellt werden muß. Vielleicht ist das alte Rathaus für die Zwecke leicht herzurichten. Auch die Frage der Aufwandsentschädigung für die Arbeiterratsmitglieder muß geregelt werden. Ferner muß ihnen Schreibmaterial gestellt werden. Nehmen Sie unseren Antrag an.

Ballerstaedt (SD.): Seitdem durch die politische Umwälzung im November die Forderung des Demokratischen Wahlrechts durchgesetzt wurde, scheint sie bei Manchem an Wert eingebüßt zu haben. Jetzt verlangen nämlich manche: Alle Macht den Arbeiterräten. Meine Parteifreunde und ich lehnen die Forderung ab und halten fest an der Demokratie. Wir sind aber nicht nur Demokraten, sondern auch Sozialisten. Und daher bedarf der jetzige Zustand insofern einer Ergänzung als auch in der Verwaltung die Demokratie mehr zur Geltung kommt und das Wirtschaftsleben demokratisiert werde. Namentlich auf dem letzteren Gebiet kann der Rätegedanke Gutes wirken. Und es ist daher zu begreifen, wann manche meinen, neben dem politischen Parlament wäre ein Wirtschaftsparlament am Platz. In der Reichsverfassung ist der Rätegedanke festgelegt. Die Gegner des Parlamentarismus behaupten, der Parlamentarismus habe abgewirtschaftet, und manche Rede werde zum Fenster hinaus gehalten. Auch in diesem hohen Hause — (Zurufe). Befürchten Sie nichts, ich werde nicht auf das politische Gebiet eingehen, sondern nur reine Zweckmäßigkeitsgründe zur Sprache bringen. Sie haben dem jetzigen Arbeiterrat Haushaltungsgeld bewilligt, doch kann er darüber keine Rechnung legen, wenn er nicht in die Lage versetzt wird, sein Aufgabenbereich klar zu sehen. Wenn Diller forderte, der jetzige Arbeiterrat solle für die Ausgaben des früheren Rechnung ablegen, so ist das ein Ding der Unmöglichkeit. Für seine eigenen Ausgaben will er gern Rechnung ablegen, erst muß aber sein Aufgabenbereich festgestellt werden. Dem Antrag Bergmann stimmen wir zu. Die jetzigen Räume sind durchaus ungenügend. Die Exekutive wird daher auch nächstens in andere vom Staat zur Verfügung gestellte Räume übersiedeln. Wir bitten Sie, dem Antrag Hertz nicht zuzustimmen, damit der Arbeiterrat endlich aus der Unklarheit herauskommt. Württemberg, Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin haben die Stellung der Arbeiterräte gesetzlich festgelegt. Auch Hamburg sollte durch ein Notgesetz das Aufgabenbereich des Arbeiterrats festlegen. (Bravo!)

Hey (DP.): Dem Antrag Bergmann werden wir zustimmen. Im übrigen müssen wir Herrn Ballerstaedt entgegen auf unserem Antrage bestehen bleiben.

Diller (DNP.): Es darf dem Reich nicht vorgegriffen werden. Redner spricht dann über die Rechnungslegung. Er verlangt eine solche vom Arbeiterrat und zwar vom früheren A.- und S.-Rat. Auch die augenblickliche Rechnungslegung muß ordnungsmäßig sein.

Reich (USP.) bemängelt die Rede von Ballerstaedt. Man hat in Weimar dem Rätesystem den Totenschein ausgestellt. Ich finde augenblicklich noch keinerlei Demokratie. Genau so gut wie Herr Noske die Diktatur jetzt ausübt, werden wir es auch tun. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu. Er polemisiert dann gegen die Sozialdemokratie. Herr Senator Krause hat gesagt, man solle nicht soviel Resolutionen fassen, es hätte doch keinen Wert. (Steinfeldt: Das ist unwahr!) Redner verherrlicht dann das Rätesystem. Wir stehen auf dem Boden des unverfälschten Rätesystems. Mit den Rechtssozialisten werden wir schon noch abrechnen. (Zuruf rechts: Sehr richtig! Heiterkeit.)

Rose (DVP): Wir interessieren uns sehr, was der Arbeiter- und Soldatenrat gekostet hat. (Zuruf bei den Soz.: „Fragen Sie doch, was der Krieg gekostet hat!")

Ein Schlußantrag aus der Mitte der Sozialdemokratie wird abgelehnt, da ein großer Teil der SPD. für Weiterberatung ist.

Siemer (USP.) polemisiert gegen die Vorredner. Die Unterstützungen an die Arbeitslosen müßten zum größten Teil von Reedern getragen werden. Das will unser Antrag, er soll eine der größten Schiebereien aufdecken. Redner geht ausführlich auf die Lage der Schiffahrt und der Reeder ein. Diese bekommen ja heute noch Frachtraten für die abgelieferten Schiffe. Er geht dann auf die Höhe der Entschädigungen ein. Herr Stubmann, Sie brauchen ja nur zu sagen, wie groß die Entschädigung ist. („Das darf ich nicht!") Na ja, dann würden Sie ja ihre Stellung bald verlieren. Die Weltfrachtrate beträgt M. 120 bis M. 160 pro Tonne. Ich habe also mit meiner Schätzung von M. 10 pro Tonne, die die Reeder als Frachtrate erhalten, nicht zu hoch gegriffen. Das macht aber für die deutschen Reeder 39 Millionen Mark im Monat aus. Davon können die Reeder wohl ihre Angestellten unterstützen.

Hüffmeyer (SD.) polemisiert gegen Reich. Der Arbeiterrat sorgt noch heute für die Revolutionsopfer, das sollte alle angehen. Auch beim alten A.- und S.-Rat haben die Arbeiterräte auch nicht mehr Einfluß im Kriegsversorgungsamt gehabt als jetzt. Ihr (zu den U. S. P.) seid ja auch im Arbeiterrat, sorgt doch dafür! Kunstbutter könnt Ihr auch nicht machen! (Große stürmische Heiterkeit.) Wenn ganz Hamburg unabhängig wäre, würde es uns auch nicht besser gehen. (Sehr richtig!) Eine Arbeiterkammer wäre schon lange von nöten gewesen. Es wird allgemein anerkannt, daß der Hamburger Arbeiterrat am billigsten von allen gearbeitet hat. (Bravo!)

Olfers (SD.) bringt zwei Amendements ein: Beim Antrag Bergmann einzufügen: auch für Cuxhaven und dem Antrag Ballerstaedt einzufügen: für Ritzebüttel.

Ballerstaedt (SD.): Herr Reich klagt, daß ich den Aufgabenbereich nicht näher umrissen habe. Das habe ich bewußt getan. Wenn ich den Antrag gestellt habe, der Senat wird um eine Vorlage ersucht, brauche ich den Aufgabenbereich nicht zu schildern. Liegt sie vor, dann ist es Zeit, zu reden. Bis dahin warte ich. Uebrigens hat Herr Reich selbst mit keinem Worte gesagt, wie er sich den Aufgabenbereich denkt. Hat der hiesige Arbeiterrat an Ansehen verloren, so ist das die Schuld der Unabhängigen, nicht unsere. Wie oft haben wir den Unabhängigen geholfen, wenn sie in Bedrängnis zu uns kamen. Nun schreien Sie, der Arbeiterrat taugt nichts. Ich ziehe unseren Antrag zugunsten des Antrags Hey zurück.

Hegemann (SD.): Herr Reich weiß selbst nicht, was er will; einmal befürwortet er die Demokratie und ein andermal die Diktatur. Was Herr Reich von Herrn Senator Krause gesagt, ist ungefähr das Gegenteil von der Wahrheit. (Heiterkeit.) Ich bin bei allen Sitzungen dabei gewesen, die betreffende Aeußerung ist nie gefallen.

Vizepräsident **Menzel**: Ich nehme zu Ihrem besten an, daß Sie einem Mitglied dieses Hauses nicht haben unbewußte Unwahrheit vorwerfen wollen. (Heiterkeit.)

Steinfeldt (SD.): Im Gegensatz zu Herrn Reich stelle ich fest, daß der Arbeiterrat einen sehr großen Einfluß auf das Kriegsversorgungsamt ausübt. (Sehr richtig!) Was Herr Reich von Senator Krause gesagt hat, ist eine der Verdrehungen von ihm, die man in allen Volksversammlungen von ihm zu hören bekommt. Als im Frühjahr die Einigungsverhandlungen mit den Unabhängigen waren, haben wir erklärt, daß wir den Arbeiterrat nur während der Uebergangszeit als politische Körperschaft betrachten, bis eine auf demokratischer Grundlage gewählte gesetzmäßige Vertretung geschaffen ist. Damals hat Herr Bergmann als Vertreter der Unabhängigen zugestimmt.

Bergmann (USP.) geht auf die Einwendungen der Vorredner ein. Er bestreitet die von Steinfeldt aufgestellten Behauptungen.

Reich (USP.): Persönliche Bemerkung gegen Hegemann und Steinfeldt.

Antrag Olfers wird angenommen.

Antrag Bergmann ebenfalls, unter Zustimmung von beiden sozialistischen Parteien und den Demokraten.

Antrag Diller auf Abrechnung des A.- und S.-Rates wird angenommen, der zweite Teil des Antrages auf Abrechnung des alten, ersten Arbeiterrates wird von Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen abgelehnt.

Dann wird schließlich der Antrag Hey noch angenommen, nachdem Ballerstaedt auf den seinen verzichtet hat.

Um 9 Uhr abends wurde hiernach Vertagung beschlossen und die Sitzung beendet.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion an die Bürgerschaft.

Von Mitgliedern unserer Fraktion wurden folgende Anträge eingebracht:

1. Bekämpfung der Heimarbeit: Die Bürgerschaft wolle beschließen: der Senat wird ersucht, bei der Reichsregierung dringliche Vorstellungen zu erheben, damit sie schleunigst gesetzliche Maßnahmen ergreift zur Bekämpfung der Heimarbeit mit dem Ziele, daß allen Personen, die in Werkstätten arbeiten können, die Beschäftigung in der Heimarbeit und bei Zwischenmeistern verboten wird.

Bis zur vollständigen Beseitigung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterwesens hält es die Bürgerschaft für erforderlich, daß der Hamburger Staat entweder alle Aufträge in bereits bestehenden Eigenbetrieben herstellen läßt oder nur an solche Unternehmer vergibt, welche diese Arbeiten in eigenen Betrieben ausführen lassen.

2. Gesetz, betreffend Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten. Die Bürgerschaft beschließt, den Senat um beschleunigte Vorlage eines Gesetzes zu ersuchen, durch das in Ergänzung des § 2 des revidierten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896 eine Instanz geschaffen wird, vor der Beschwerden in Verwaltungsangelegenheiten vor ihrer Entscheidung auf Antrag des Beschwerdeführers mündlich verhandelt werden können.

Das Gesetz soll die Vorschrift enthalten, daß die Entscheidung mit Gründen zu versehen und dem Beschwerdeführer oder seinem Bevollmächtigten Akteneinsicht zu gewähren ist, ferner, daß ein Mitglied der Behörde, gegen deren Entscheidung die Beschwerde sich richtet, an der Entscheidung nicht mitwirken darf.

Die Vorlage ist möglichst so zu beschleunigen, daß die neu zu schaffende Instanz am 1. Januar 1920 in Tätigkeit treten kann.

Unter den Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft befindet sich die Erwiderung, betreffend die Errichtung eines Elektro-Flutwerks. Man ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß angesichts der großen Kosten die Errichtung eines Elektro-Flutwerks zurzeit nicht zu empfehlen sei.

Tarifabschlüsse in der Seeschiffahrt.

Nachdem bereits im September der Deutsche Transportarbeiterverband, Reichsabteilung Seeleute, mit dem Zentralverein deutscher Reeder in Verhandlungen über eine Revision des Tarifvertrages vom 29. Januar in Verhandlungen getreten war, die aber durch den wilden Streik des sogen. Seemannsbundes gestört wurden, sind diese am 22. Oktober wieder aufgenommen und haben nach dreitägiger Dauer zum Abschluß von Tarifverträgen für die Mannschaften der See-, Schlepp- und Leichterschiffahrt einschließlich der Bergungsfahrzeuge geführt. Danach betragen die Heuern in der Seeschiffahrt:

1. für das Deckpersonal.

Charge	Große und mittlere Fahrt	Nord- und Ostseefahrt
Bootsleute	M. 320	M. 310
Zimmerleute	„ 320	„ 310
do. mit Geschirr	„ 345	„ 335
Segelmacher	„ 320	„ 310
Vollmatrosen	„ 275	„ 265
Leichtmatrosen	„ 175	„ 175
Jungmänner	„ 150	„ 150
Jungen	„ 100	„ 100

2. für das Maschinenpersonal.

Charge	Große und mittlere Fahrt	Nord- und Ostseefahrt
Elektriker, Maschinisten-Assistenten, sonstige Maschin.-Unteroffiz., Lagerhalt., Schmierer	M. 320	M. 310
Unbefahrene Assistenten	„ 250	„ 240
Heizer	„ 275	„ 265
Kohlenzieher	„ 225	„ 215

3. für das Bedienungspersonal.

Charge	Große und mittlere Fahrt	Nord- und Ostseefahrt
Köche	M. 325—375	M. 315—365
Stewards auf Passagierdampfern	„ 275—325	„ 315—365
Kajütsteward auf Frachtdampfern	„ 225—275	„ 225—275
Meßraumsteward	„ 175—225	„ 175—225
Meßraumjungen	100	100
Alleinsteward	„ 200—250	„ 200—250
Kochsmaaten (gelernte Bäcker od. Schlachter)	„ 225	„ 225
Kochsjungen	„ 100	„ 100

Die Löhne für die Besatzungen der Seeschlepper und Seeleichter einschließlich der Bergungsfahrzeuge sind folgende:

1. für Seeschlepper.

	Kleine Fahrt	Küstenfahrt	Nahfahrt
Kapitän	M. 475	M. 440	M. 390
Steuermann	„ 365	„ 340	—

2. für Seeleichter.

	Kleine Fahrt	Küstenfahrt
Kapitän	M. 440	M. 415
Steuermann	„ 315	„ 305

3. für Mannschaften des Decks- und Maschinendienstes der Seeschlepper, Seeleichter und Bergungsfahrzeuge.

Junge (unbefahren)	M. 80
do. nach sechsmonatiger Fahrzeit	„ 100
do. nach zwölfmonatiger Fahrzeit	„ 150
Leichtmatrose	„ 175
Koch und Leichtmatrose	„ 200
Befahrener Koch auf Schiffen bis 7 Mann Besatzung	„ 300
Befahrener Koch auf Schiffen mit mehr als 7 Mann Besatzung	„ 320
Vollmatrose	„ 265
Bestmann (ohne Patent)	„ 290
Heizer	„ 265
Kesselwärter auf Leichtern	„ 280

Der Ueberstundenlohn beträgt auf See-, Schlepp-, Leichter- und Bergungsfahrzeugen für Jungen, Jungmänner und Leichtmatrosen M. 1,50, für die übrigen Chargen M. 2 pro Stunde.

Außerdem sind Erhöhungen für die durch Kriegs- oder Minengefahr in Verlust geratenen Effekten vorgenommen, wie auch in anderer Beziehung wesentliche Verbesserungen geschaffen sind. Inwieweit die Durchführung des Dreiwachensystems auf kleineren Schiffen möglich ist, entscheidet ein paritätischer Sonderausschuß unter Mitwirkung der See-Berufsgenossenschaft und des Germanischen Lloyd.

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Gehaltsbewegung im Beleuchtungsgroßhandel.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Streik der Angestellten bei der Hanseatischen Elektrizitäts-Gesellschaft ist beendigt. Die Firma hat die Forderung der Angestellten auf Anerkennung des durch den Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruches restlos bewilligt und volle Immunität für die am Ausstand Beteiligten zugestanden.

Deutsches Reich.

Teilstreiks der badischen Eisenbahner.

In Baden sind teilweise Streiks der Eisenbahnarbeiter ausgebrochen. Es handelt sich um die Frage einer einmaligen Beschaffungszulage. Das Plenum des Landtages sollte am 29. Oktober die Frage endgültig entscheiden.

Nothilfe der Binnenschiffer. In der am Montag in Mannheim stattgehabten Versammlung der Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Abteilung der Binnenschiffer und Flößer des Rheins und seiner Nebenflüsse, Sitz Duisburg, wurde laut „Vorwärts" beschlossen, zur Linderung der Kohlennot in Süddeutschland auf den Rheinfahrzeugen jeden Tag zwei Ueberstunden zu verfahren. Außerdem ist man gewillt, an den freien Sonntagen im November zu arbeiten.

Internationales.

Die Beilegung des Generalstreiks der Lothringer Metallarbeiter

erfolgte unter folgenden Bedingungen, die der Präfekt von Metz, Mirman, vorgeschlagen hatte: 1. Anerkennung der ersten zehn Punkte der Sicherheitsforderungen. 2. Durchführung der Lohnerhöhungen bis längstens 15. September. 3. Sofortige Freilassung aller Verhafteten und Herstellung vollständiger Vereins- und Versammlungsfreiheit, Maßregelungen und Ausweisungen wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden. Die Streiktage werden bezahlt und die Geiselschaften aufgehoben. Vollständige Aufhebung der Sequester-Verwaltung bei einzelnen Betrieben. Zwischen den Vertretern der Sequester-Direktion der französischen Regierung und denjenigen der Streikenden kam darauf eine Vereinbarung zustande, in welcher die Abmachungen paragraphenweise formuliert werden.

Von der amerikanischen Streikbewegung.

Unruhen und Todesopfer beim Dockarbeiterstreik.

WTB. Amsterdam, 29. Oktober. „Telegraaf" meldet aus New York, daß in Brooklin infolge Wiederaufnahme der Arbeit durch eine Gruppe von Dockarbeitern ernste Unruhen stattgefunden haben, wobei es Tote und Verwundete gab. 20 000 Arbeiter streiken noch, während 30 000 die Arbeit wieder aufgenommen haben sollen. Wilsons Aufruf zur Beendigung des Streiks wird allgemein gebilligt. Alle Staaten und Senatoren sind mit dem Präsidenten eins darüber, daß im ganzen Lande Gesetz und Ordnung aufrecht erhalten werden müssen.

WTB. Amsterdam, 29. Oktober. „Telegraaf" meldet aus New York, daß der Präsident des amerikanischen Arbeiterverbandes erklärt hat, daß Wilson über die Lage in der Steinkohlenindustrie nicht gut unterrichtet sei. Soldaten könnten keine Kohle hauen. — „Nieuwe van den Dag" berichtet aus Washington, daß der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft erklärt hat, alle Gegenmaßnahmen der amerikanischen Regierung könnten die Bergarbeiter nicht daran hindern, die Arbeit niederzulegen. — „Times" meldet, daß die Aussichten drohend sind.

Tages-Bericht.

Mittwoch, den 29. Oktober 1919.

Hamburg.

Die Werft-Betriebsräte und -Vertrauensleute der S. P. D. und die Generalversammlung der Metallarbeiter.

Die Vertrauensleute und Betriebsräte der SPD. auf den Werften kamen gestern abend zu einer Besprechung zusammen, um einen Meinungsaustausch über die Generalversammlung des M.-A.-V. zu pflegen. Eingehend wurden die dort gefaßten Beschlüsse erörtert, die naturgemäß die Mißbilligung aller Anwesenden herausforderten. Die U. S. P. D. hat hier klar bewiesen, daß es ihr lediglich darauf ankam, die Gewerkschaft für ihre parteipolitischen Ziele auszubeuten. Alle früheren Grundsätze, die sonst in den Gewerkschaften hochgehalten wurden, sind in Stuttgart über Bord geworfen worden. Durch eine sparsame Finanzpolitik hatte der M.-A.-V. einen Fonds von 45 Millionen zusammengewirtschaftet. Wo wird aber diese Summe wohl bleiben, wenn man fortfährt mit den Maßnahmen, die die letzte Generalversammlung angefangen hat? Ehedem war es üblich, daß die Gewerkschaftsführer nicht höher besoldet wurden, als die Mitglieder in den abgeschlossenen Tarifverträgen an Lohn erreicht hatten. Davon ist die Opposition im M.-A.-V. jetzt vollkommen abgewichen. Den neuen Führern hat man Gehälter bewilligt, wie sie sonst kein Führer erhalten hat, geschweige denn, daß je ein Arbeiter es bis zur Höhe eines solchen Lohnes gebracht hätte. Man ließ sich ferner Diäten von nicht zu verachtender Höhe zahlen. Das Bonzentum treibt dort üppige Blüten und die U. S. P. hat jetzt natürlich alle Ursache, die Gewerkschaften zu unterstützen, damit sie ihrer Bonzenposten nicht verlustig geht. Die neuen Statuten, an denen unter anderem auch der Genosse Sickert mitgearbeitet hat, sind größtenteils darauf zugeschnitten, die Mitglieder, wo es nur irgend möglich ist, zu knebeln. Man äußerte sich weiterhin auch über den Berliner Metallarbeiterstreik, der dem Verbande gewaltige Ausgaben verursacht hat. Unter diesen Umständen wird man wohl nicht fehlgehen, wenn angenommen wird, daß es sehr bald zu einem Ruin des Verbandes kommen muß, der leider nicht aufzuhalten ist. Noch nie hat eine Generalversammlung getagt, die so unproduktiv gearbeitet hat. Bedauerlich ist es, daß auch andere Branchen hier in Mitleidenschaft gezogen werden. Man wurde sich dann während der Aussprache darüber klar, daß hier die Partei unbedingt eingreifen muß. Die U. S. P. hat den Kampf in die Gewerkschaften hineingetragen, sie will die Gewerkschaften zu Zwecken des Zentralrates der Unabhängigen Partei in Halle gebrauchen, sie will sie durch die sogenannten Industrieräte zum Werkzeug der U. S. P. machen. Dagegen müssen alle Gewerkschaftler, die die Einheit der Gewerkschaften gewahrt wissen wollen, ankämpfen, und stützen muß diesen Kampf die sozialdemokratische Partei.

Es wurde schließlich ein Antrag angenommen, in dem ausgedrückt wird, daß die Vertrauensleute der S. P. D. der Werften auf das tiefste verschiedene Beschlüsse der Generalversammlung des M.-A.-V. bedauern. Der Verlauf der Generalversammlung bringe die Gefahr nahe, daß die Gewerkschaft zum Werkzeug ausgesprochener Parteipolitik gemacht werden wird.

Man sprach darauf über die Betriebsräte auf den Werften, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Betriebsrat unbedingt in den Betrieb gehört. Es wäre wirklich ratsam, wenn die Betriebsräte sich schon jetzt einigermaßen mit den Aufgaben vertraut machen würden, die ihnen das Gesetz zugedacht hat. Vor allem muß gegen die Sammelmanie der Räte Stellung genommen werden. Wenn für auswärtige Streiks oder ähnliches gesammelt werden soll, so ist das Sache der Gewerkschaft.

Die Zusammenkunft wird darauf nach Erledigung kleiner interner Beratungen geschlossen.

Die Geburtshelfer der Reaktion.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung" nennt am Dienstag in einer Ueberschrift Sozialdemokraten „Lakaien des Kapitals". An anderer Stelle derselben Nummer macht es ihr aber nicht viel Gewissensbisse, sehr offensichtlich zu beweisen, wie recht man tut, wenn man diesen Vorwurf auf die Kommunisten (der alten und der neuen Partei) zurückfallen läßt. Da eilt nämlich die „K.A.-Z." der „Deutschen Zeitung", deren Verbot wir jüngst entschieden verurteilten, zu Hilfe, und schreibt:

„Die „Deutsche Zeitung" hatte es gewagt, die Wahrheit über Noskes Freunde, Scheidemann und Hirsch, zu sagen, und dabei die Frage aufgeworfen, wie lange noch deutsche Soldaten einem Menschen Gehorsam leisten sollten, der die Unterzeichnung des Friedens als ehrlos und würdelos erklärt und sie dann doch vorgenommen hat. Die „Deutsche Zeitung" vergißt, daß Ehre und Würde Begriffe sind, die im Zeitalter des Sozialismus einen jeweils sich ändernden Börsenkurs haben."

Trotz dieses glänzenden Leumundszeugnisses an das ausgesprochen reaktionärste Blatt Deutschlands, fällt es der „K. A.-Z." wiederum nicht schwer, ein paar Zeilen weiter gegen den Hamburger Ableger der „Deutschen Zeitung", das Blatt des „ehrsamen" Herrn Holtz, herzuziehen. Obwohl sie in diesem Falle einmal sachlich recht hat (ihre spitzen Bemerkungen können uns nicht treffen), ist es doch erfreulich zu sehen, wie es an inneren Widersprüchen bei dem Zentralorgan der neuesten, revolutionären Partei hagelt. Das trifft auch auf den Leitartikel des Blattes zu, worin wir allerlei Herrlichkeiten erfahren. Die Zentrale (alte kommunistische Partei, Rechts- oder Mehrheitskommunisten) wird „als Konventikel von ganz ausgekochten Politikern bürgerlicher Observanz" gekennzeichnet und also aus demselben Schimpfnamenlexikon bedient wie wir „Sozialverräter". Im übrigen hört man, daß diese Zentrale beabsichtigt, „die Diktatur eines jakobinischen Häufleins über das Proletariat und im Namen des Proletariats über die Bourgeoisie" auszuüben, und daß der Spartakusbund (so heißen die „Verräter" des alleinseligmachenden, reinen Kommunismus) nichts weiter ist, als „der illegale Flügel der USP.". —

Nun wissen wir es.

Lakaien des Kapitals.

Aus dem Sekretariat des Arbeiterrats Groß-Hamburg wird uns geschrieben:

„Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" beschäftigt sich unter der obigen Ueberschrift in ihrer Ausgabe vom 28. Oktober mit der letzten Vollversammlung des Arbeiterrats. Nach einigen Geschmacklosigkeiten schreibt sie dann:

„In seiner letzten Vollversammlung beschäftigte sich der Arbeiterrat bei einer Aussprache über sein Lieblingsthema Kohlen- und Lebensmittelversorgung nach dem „Echo" mit der „Behebung der Verkehrsschwierigkeiten durch erhöhte Arbeitsleistung in den Reparaturwerkstätten der Eisenbahnen, wobei teils sehr scharf der Einführung des Akkordsystems das Wort geredet wird."

Nur gewissenlose Hetzer können behaupten, daß der Damen- und Herrenrat das Proletariat gesteigerter kapitalistischer Ausbeutung ans Messer liefern will. Hat doch Hüffmeier nach dem „Echo" über die Akkordfrage gesagt, „daß der Arbeiterrat das Akkordsystem nicht aufgehoben habe, sondern den Gewerkschaften empfohlen hat, dieselbe in geregelte Bahnen zu lenken".

Wenn die „geregelte" kapitalistische Ausbeutung, über deren

Wiederherstellung sich der Große Arbeiterrat Tag und Nacht den Kopf zerbricht, dem Proletariat erst die Augen geöffnet hat, dann wird es alle Arbeiterverräter in diejenigen „Bahnen lenken", wo sie der Arbeiterklasse nicht mehr schädlich werden können."

Die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung" scheint also der Meinung zu sein, daß der jetzt bestehende Arbeiterrat Groß-Hamburg den Beschluß gefaßt hat, den Gewerkschaften zu empfehlen, die Akkordarbeit in geregelte Bahnen zu lenken. Es sei hier der „K. A.-Z." gegenüber besonders festgestellt, daß die vom Vorsitzenden Hüffmeier angezogene Bekanntmachung, die vom 12. November 1918 stammt, vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen worden ist und folgenden Passus enthält:

„Die Löhne sowie die Akkordpreise sind um so viel zu erhöhen, daß der alte Stundenlohn erreicht wird, jedoch ist die Akkordarbeit möglichst schnell und gänzlich zu beseitigen. Die Abschaffung der Akkordarbeit und die Regelung dieser Frage wird dem Gewerkschaftskartell zur schleunigen Regelung überwiesen."

Ferner heißt es in einer Bekanntmachung vom 13. November 1918, die die Sozialpolitische Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht hat:

„Die Gewerkschaftsvorstände sind gehalten, die Frage der Akkordlöhnung bezw. Akkordarbeit zu regeln."

Spricht die „K. A.-Z." also von Lakaien des Kapitals und von Arbeiterverrätern, so meint sie damit nicht den jetzigen Arbeiterrat Groß-Hamburg, sondern den Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg-Altona und Umgegend, in dem ihre Parteifreunde in der Exekutive mitgesessen und mitgearbeitet haben.

Heimkehrspende.

Am Freitag, 31. d. M., nimmt die offizielle Sammelwoche der Heimkehr-Spende ihr Ende, und der Arbeitsausschuß benutzt diese Gelegenheit, auch an dieser Stelle allen Gebern der bisher eingegangenen Beiträge seinen herzlichsten Dank zu sagen. Mit der täglich wachsenden Zahl der Heimkehrenden steigen aber naturgemäß auch die von der Heimkehrstelle, an die der Ertrag der Heimkehr-Spende ohne Abzug abgeführt werden wird, benötigten Geldmittel ganz gewaltig. Der Arbeitsausschuß richtet daher die herzliche Bitte an alle, die bisher noch keine Gelegenheit gefunden haben, ihren Beitrag einzuzahlen, es auch über den genannten Termin hinaus tun zu wollen. Beiträge nehmen bis auf weiteres nach wie vor alle Banken und ihre Nebenstellen sowie das Postscheckkonto Nr. 29 200 entgegen.

Die Verlegung der Bezirksstelle Hamm betrifft eine im heutigen Anzeigenteil veröffentlichte Bekanntmachung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts.

Die Elferkommission der ehemaligen Hilfsdienstpflichtigen Ers.-Bat. R.-I.-Regiment 76 bittet uns mitzuteilen, daß sie weiter um Erlangung der Teuerungszulagen bemüht ist. Die nächste Zeit wird eine Versammlung stattfinden, die im „Echo" angezeigt wird.

Verloren wurde am 27. d. M. nachmittags von einem Kriegsinvaliden eine Brieftasche mit 870 Mark. Der ehrliche Finder erhält eine Belohnung. Abzugeben bei Ad. Kappelmann, Hamburg, Rönnhaidstr. 25, part. r., bei Krause.

Ein Erzdieb verhaftet. Am Billhorner Röhrendamm hat man einen 28 Jahre alten Ewerführer mit einer Karrenladung Erz angehalten. Der Ewerführer will das Erz im Gewicht von etwa fünf Zentner an der Böschung des Ausschläger Elbdeichs gefunden haben. Die Polizei vermutete, daß es sich um gestohlenes Gut handelt, beschlagnahmte das Erz und nahm den Mann in Haft. Dieser konnte sich bisher nicht seiner Wohnung entsinnen und behauptet, daß er durch den Krieg ein schlechtes Erinnerungsvermögen bekommen habe, so daß er auch nicht mehr wußte, daß er bereits vorbestraft ist. Das Erz ist zurzeit in der Polizeiwache 39 untergebracht.

Gelegenheitsdiebstähle. Von einem Handelswagen in der Volksdorferstraße wurde der Händlerin Kleist aus der Bartholomäusstr. 37 eine Brieftasche mit M. 500 und einem Schein über ein Guthaben von M. 300 der Westholsteinischen Bank gestohlen. — Von einem auf den Hohen Bleichen stehenden Rollwagen haben Kollidiebe ein Kolli, enthaltend einen imitierten Perserteppich im Werte von M. 1200, als Diebesbeute mitgenommen. — Auf den Großen Bleichen haben Diebe eine schottische Karre, auf der sich eine vollständige Kücheneinrichtung befand, gestohlen. Die Mobilien gehören der Auktionatorfirma Wulf & Co. am Steindamm 77. — Ecke der Süder- und Bankstraße entführte ein Fuhrwerksdieb den leeren Rollwagen Nr. 69 633, bespannt mit einem schwarzen und einem braunen Wallach.

Altona und Umgegend.

Der Minister für öffentliche Arbeiten wird am Freitag, 31. Oktober, der Stadt Altona einen Besuch abstatten, um das Projekt des neuen Fischmarkts und die künftigen Kaianlagen für den Fischereibetrieb in Augenschein zu nehmen. Bekanntlich hat Preußen der Stadt Altona einen Betrag für die Kosten der neuen Fischmarktsanlagen zugesichert. Die Anwesenheit des Ministers in Altona hat den Zweck, daß er sich von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der neuen Anlagen überzeugt, um die Ausgaben des Staates für die Stadt rechtfertigen zu können. Wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß bei der preußischen Regierung, resp. bei dem zuständigen Minister diese Notwendigkeit für Altona erkannt wird. Wenn das der Fall ist, dann wird ja wohl auch die Frage der Vereinigung der beiden Fischmärkte Altona und Hamburg von den Verwaltungen der beiden Städte erneut aufgenommen und dann hoffentlich auch mit mehr Dampf als bisher betrieben werden.

Die Tagesordnung für die am 3. November, abends 6 Uhr, stattfindende Sitzung der städtischen Kollegien umfaßt 24 Punkte. Darunter befinden sich die Einführung der fünf neuen Stadtverordneten, die Frage des Um- und Erweiterungsbaues des Landpflegeheims in Osdorf, die Beschaffungsbeihilfe, ein neuer Fluchtlinienplan für die Reichenstraße, Bewilligung von Mitteln für die Inneneinrichtung der Entbindungsanstalt, Bewilligung von Mitteln für Jugendherbergen. Eine Reihe weiterer Punkte betrifft Geländeerwerb und Austausch.

Die Zahl der Erwerbslosen ist auch in Altona im Rückgang begriffen. In der Woche vom 20. bis 25. Oktober wurden unterstützt: 6526 (Vorwoche 6598) männliche und 1517 (1654) weibliche Vollerwerbslose, zusammen 8043 (8252). Die Gesamtzahl der Unterstützungsempfänger, also einschließlich der teilweise und der weniger selbständigen Erwerbslosen, betrug in der letzten Woche 8005 (9010). Seit Dezember 1918 wurden insgesamt M. 16 939 331,49 an Unterstützungen gezahlt.

Straßenkonzert. Von der Musikkapelle der Hafenpolizei wird heute, Donnerstag, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, am Musikpavillon auf dem Kaiserplatze ein Konzert ausgeführt werden.

Selbstmord. Der Eisendreher Heinrich K. verübte in seiner Wohnung am Hohenesch Selbstmord durch Erhängen. Die Tat soll aus Schwermut heraus begangen sein. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle gebracht.

Ein bedeutender Einbruchsdiebstahl wurde Am Brunnenhof verübt. Die Spitzbuben holten sich hier neben M. 11 000 barem Gelde eine goldene Damenuhr mit Kette und Brillanten eine goldene Herrenuhrkette, Herrengarderoben und verschiedene andere Gegenstände.

Aus den Elbgemeinden.

Osdorf. Die bestellten Winterkartoffeln werden am Donnerstag in der Scheune von Dr. Engelbrecht ausgegeben, und zwar von A—C von 8—9 Uhr, D—E 9—10 Uhr, F—H 10—11 Uhr, I—K 1½—2½ Uhr, L—M 2½—3½ Uhr. Die Scheine werden im Saale des Gemeindehauses ausgegeben. Säcke und Ausweiskarte sind mitzubringen. Fuhrwerke zum Transport stehen zur Verfügung. Dafür ist für den Zentner M. 1 zu entrichten.

Wandsbeck und Umgegend.

s. Kollegiensitzung. Am Freitag, 31. Oktober, nachm. 6 Uhr, findet im Rathause eine öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

Auf den Umtausch der Milchverbilligungsmarken macht der Magistrat im Anzeigenteil dieser Ausgabe aufmerksam.

Die Erhöhung der Preise für Gas, Strom und Wasser, die ab 1. November in Kraft tritt, wird im Anzeigenteil bekanntgegeben.

s. Kosten für Bürgersteiganlagen. Am 29. Oktober wird eine Polizeiverordnung erlassen des Inhalts, daß der Satz 3 Ziffer 1, § 10 der Bauordnung, nach dem von den Straßenanliegern der Stadt die Kosten für Bürgersteiganlagen zu erstatten sind, aufgehoben wird. Um Irrtümern vorzubeugen, macht die Polizeibehörde darauf aufmerksam, daß die Aufhebung des § 10, Ziffer 1 Satz 3 nur deshalb erfolgt, weil diese Materie in eine Polizeiverordnung nicht hineingehört und nunmehr durch das Ortsstatut geregelt ist.

t. Kreis Stormarn. Lebensmittel-Ausgabe. Die Versorgungsstelle 5 verteilt 100 Gramm Reismehl und 100 Gramm Haferflocken auf Nr. 98, 80 Gramm Butter, 100 Gramm Margarine und 100 Gramm Marmelade auf die Fettkarte.

t. Bramfeld. Kartoffelverkauf. Die wöchentliche Kartoffelversorgung der Gemeinde findet statt am Donnerstag, 30. Oktober, von 9 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr, auf dem Hofe des Landmanns Junghans in Bramfeld. Es gibt 10 Pfund pro Kopf. Das Pfund kostet 17 Pfg. Die Kartoffelkarten und Kleingeld sind mitzubringen. — Fischverkauf. Die Gemeinde verkauft am Donnerstag, 30. d. M., vorm. 9 Uhr, eine kleine Menge Süßwasserfische im Nebenhause des Verwaltungsgebäudes solange der Vorrat reicht. Das Pfund kostet M. 2,20.

Kleine Chronik.

„Weiße Kohlen". Die schwere Kohlennot in München hat den Arbeiten zur Ausnutzung der bayerischen Wasserkräfte einen mächtigen Antrieb gegeben. An der Alz in Ober-Bayern sollen die Arbeiten so beschleunigt werden, daß bereits in acht Wochen Strom nach München geliefert werden kann.

Sprechsaal.

Arbeiter-Jugendbund! Wanderausschüsse!

Zum Stickjäger-Spiel im Stadtpark treffen sich, gemäß Beschluß der letzten Versammlung, alle Wanderfunktionäre (in Wanderkluft) am Montag, 3. November, abends 7½ Uhr, vor dem Hochbahnhof Borgweg. Interessenten können sich ebenfalls daran beteiligen.

Die Wanderzentrale. J. A.: Schubert.

J. S., Eimsbüttel, Schwenckestraße 100. Donnerstag, 30. Oktober: 1. Vortrag: Nordische Dichter und ihre Probleme. 2. Diskussion. Wir wollen das Problematische der nordischen Dichtungen diskutieren und so ausbauen, was wir in den letzten Abenden begonnen. Genossen! Kommt und zeigt, daß Euer Interesse ernst zu nehmen ist. Der Ausschuß.

Achtung, Eltern der Schule Wendenstraße 264! Donnerstag, 30. Oktober, abends 7 Uhr Elternversammlung im Zeichensaal. Unter anderem soll über Kohlennot und Schulen gesprochen werden. Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Elternrat.

Neueste Nachrichten.

Neueinteilung preußischer Provinzen.

WTB. **Berlin,** 29. Oktober. Laut „Vorwärts" hat das preußische Staatsministerium folgender Neueinteilung der preußischen Provinzen zugestimmt, die nach der Ratifikation des Friedensvertrages in Kraft tritt: Die östlich der Weichsel liegenden bisherigen Gebiete Westpreußens fallen an Ostpreußen; zu Schlesien fallen der Kreis Freistadt, einschließlich einiger Gemeinden des Kreises Bomst; zu Pommern fallen die Kreise Neustadt, Schlochau, Flatow, Deutsch-Krone, Filehne, Schneidemühl, Kolmar und Czarnikau (Reste der Ostmark.) Zu Brandenburg fallen die Kreise Schwerin (Warthe), Meseritz, Bomst (letzterer soweit er nicht zu Schlesien gehört). Von Brandenburg losgelöst wird als besondere Provinz der ganze Bezirk des neuen Groß-Berlin, sobald dieser genau feststeht. Sachsen erhält den Kreis Ilfeld (bisher Hannover), Hannover den Kreis der Grafschaft Schaumburg und einige Gemeinden des Kreises Hofgeismar (bisher Hessen-Nassau). Die Provinz Hessen umfaßt das bisherige Gebiet des Bezirksverbandes Kassel unter Abtretung der oben genannten Teile an Hannover. Die Provinz Nassau umfaßt das bisherige Gebiet des Bezirksverbandes Wiesbaden sowie das Gebiet des Kreises Wetzlar, das die Rheinprovinz abtritt. Zu Schleswig-Holstein tritt der Kreis Herzogtum Lauenburg.

Ein weiteres Eisenbahnunglück.

WTB. **Neu-Dietendorf,** 29. Oktober. Nachdem heute morgen der Personenzug Naumburg-Erfurt-Bebra die Station Neu-Dietendorf verlassen hatte, fuhr ihm ein aus entgegengesetzter Richtung kommender Güterzug in die Flanke. Sieben Wagen des Personenzuges wurden von der Lokomotive des Güterzuges umgeworfen und zum Teil schwer beschädigt. Drei Personen wurden getötet, etwa 20 verletzt, davon 6 bis 8 schwer. Wie es heißt, soll der Personenzug ausgefahren sein, ohne daß ihm die Ausfahrt freigegeben war.

Freunde in der Not.

WTB. **Amsterdam,** 29. Oktober. „Vaterland" bringt einen Aufruf, in dem schnelle Hilfe für das hungernde Oesterreich-Ungarn gefordert wird. Wenn Kredite nötig seien, würde das holländische Parlament diese sicher ebenso gern bewilligen, wie Kredite an Frankreich.

Vom russischen Kampfplatz.

WTB. **Amsterdam,** 28. Oktober. Laut englischen Blättern berichtet der Chef der britischen Militärkommission bei Denikin vom 24. Oktober, daß auf der 700 Meilen langen Front von Zarizin bis Kiew heftige Kämpfe entbrannt sind und daß Denikin in der Richtung auf Moskau neue Fortschritte erzielte. General Wrangel stehe 30 Meilen nördlich bis 50 Meilen nordwestlich von Zarizin. Zwischen Zarizin und Woronesch sei die Donarmee auf einer Front von 120 Meilen in den letzten Tagen bis 55 Meilen vorgerückt. Am 23. Oktober wurde der wichtige Bahnknotenpunkt Jelets, 230 Meilen südöstlich Moskau, genommen. — Die Bolschewisten melden unter dem 26. Oktober die Einnahme von Woronesch. — Einer drahtlosen Meldung zufolge wurde General Stankewitsch, ein Offizier des alten Regimes, der im bolschewistischen Heere Dienst tut, von den Truppen Denikins gefangen genommen, kriegsgerichtlich verurteilt und durch den Strang hingerichtet.

WTB. **Amsterdam,** 29. Oktober. Laut Pressebureau Radio meldet „New York Tribune", daß Großbritannien Koltschak seine Unterstützung entzieht.

WTB. **Amsterdam,** 29. Oktober. Englischen Blättern vom 27. Oktober zufolge ist der berühmte russische Sänger Chaliapin von Bolschewisten erschossen worden.

Briefkasten.

Frau B., Hamburg 23. Den Erbschein erhalten Sie beim Amtsgericht.

Versammlungs-Kalender.

Donnerstag, 30. Oktober.

Schmiede, Stellmacher, Lackierer und Sattler im Wagenbau, 7 Uhr, Wandelhalle, Gewerkschaftshaus.

Sozialdemokratischer Verein, Rotenburgsort, 7 Uhr, Bock, Wasserturm.

Verein der Naturheilfreunde, Vortrag, 7½ Uhr, „Erholung", Dragonerstall.

Anzeigen.

Ihr 25jähr. Wohnungs- und **Geschäftsjubiläum** begeht a. 1. Nov. uns liebe Mutter, **Frau Elise Krützfeld,** Altona, Gustavstr. 81. Dies zeigen an Die Kinder.

Sozialdemokratisch. Verein f. d. Hambg. Staatsgebiet. Distrikt Barmbeck.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossin **Johanna Schlichting** gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der 6. Kapelle, Ohlsdorf, aus statt.
Die Distriktsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Hamburg.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin **Johanna Schlichting** gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 30. Oktober, nachm. 3 Uhr, von Kap. 6, Ohlsdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.
Todes-Anzeige.
Am 27. Oktober starb unser lieber Kollege, der Setzer **Wilhelm Einfeldt** aus Hamburg, im 33. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Donnerstag, den 30. Oktober nachmittags 3 Uhr, von der 9. Kapelle des Ohlsdorfer Friedhofes.
Der Vorstand.

Nachruf zum Sterbetage unseres über alles geliebten, einzigen Kindes, unserer sonnigen **ANNI,** gestorben 30. Oktober 1918.
Du warst unser ganzes Glück, zu viel verloren wir mit Dir. Schlaf' in süßer Ruh', Deiner Eltern heiße Liebe deckt Dich zu! H. Voss u. Frau, Gustavstr. 14.

Plötzlich und unerwartet verstarb am Herzschlag im Alter von 36 Jahren meine liebe Frau, Tochter und Schwester **Meta Ogen,** geb. Stegelmann.
Tief betrauert von ihrem Gatten, Eltern und Geschwistern.
Otto Ogen.
Beerdigung: Freitag, 31. Oktbr., nachm. 2½ Uhr, vom Sterbehause Altona, Amalienstraße 1a, II, nach dem Friedhof am Diebsteich.

Danksagung.
Für die innige Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Bekannten, sowie dem Verband der Kupferschmiede Deutschlands, insbesondere den Kollegen der Vulkan-Werke und Herrn Pastor Mummsen für die liebevollen Worte meinen innigsten Dank.
Frau Frieda Wagner, geb. Frenzen.

Statt Karten.
Für die innige Teilnahme und überaus große Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes und meiner Kinder guten Vaters
August Behrend
sage ich allen Verwandten, Bekannten und Nachbarn, sowie der Direktion der Altonaer Straßenreinigung, dem Staats- und Gemeindearbeiter-Verband, dem Arbeiterausschuß der Straßenreinigung und der Müllverbrennung, seinen Kollegen und dem Musikklub „Unter uns", Herrn Hauptpastor Schmidt für die trostreichen Worte im Hause wie am Grabe und dem Beerdigungsübernehmer Herrn Stoltenberg für die schöne Ausführung meinen innigsten Dank.
Frau Friderike Behrend Wwe. und Kinder.

Kaufe **Brillanten** zu besonders hohen Preisen **SCHLEE** Gänsemarkt 12

Teppich ca. 170×240 M. 119,—. Neuartiges Gewebe, pass. für Wohnzimmer und Speisezimmer. **Teppich-Juster, Hamburg,** Ellerntorsbrücke 5, I.

Achtung! Parteigenossen!

Nachstehend geben wir die Namen und Adressen der Mitglieder der **Preßkommission des „Hamburger Echo"** bekannt:

Hamburg.
W. Baade, Lohkoppelstr. 38, 1. Et.
L. Begier, Gr. Theaterstr. 44, 1. Et.
Frau P. Henningsen, Saling 19.
F. Krohn, Wendenstr. 373, 2. Et.
H. Lienau, Luisenweg 47, 3. Et.
Frau E. Wiersbitzki, Eilbecktal 42.

Altona.
Max Brauer, Övelgönne 10.
Fr. Lund, 2. Bornstr. 9.
H. Thomas, Vorsitzender, Winklersplatz 8, 1. Et.
Fr. Zorn, Sommerhuderstr. 15.

Wandsbek.
J. Bruhns, Lübeckerstr. 119, 1. Et.
M. Mark, Erikastr. 39.

Etwaige Beschwerden und Anträge sind an den Vorsitzenden der Kommission schriftlich einzureichen.
Hamburg, 29. Oktober 1919. J. A.: H. Thomas.

Bekanntmachung über **die Verlegung der Bezirksstelle Hamm.**
Die für den Stadtteil Hamm eingerichtete Bezirksstelle nebst Milch-Bezirksabteilung wird mit dem 1. November 1919 nach dem Grundstück **Hammerlandstraße 97** verlegt.
Die Dienstzeit der Bezirksstelle bleibt unverändert.
Hamburg, den 28. Oktober 1919.
Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung über Aufhebung der Bekanntmachung, betreffend Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 28. Februar 1919 (Amtsblatt Seite 334).
Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums bestimme ich hierdurch was folgt:
Die Verordnung über Einschränkung der Arbeitszeit vom 28. Februar 1919 (Amtsblatt Seite 334) tritt mit dem 1. November 1919 außer Kraft.
Hamburg, den 29. Oktober 1919.
Der Demobilmachungskommissar. Schramm Dr.

Abgabe von Mehl an die Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre.
Die Kinder bis zum vollendeten 1. Lebensjahre erhalten bei einem beliebigen Kolonialwarenhändler auf Abschnitt 42 der Bezugskarte für Kinder bis zum 1. Lebensjahre für die Woche vom 25. bis 31. Oktober 1919 **125 Gramm 80 prozentiges Weizenmehl.**
Altona, den 29. Oktober 1919.
Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Aufhebung der Obstverkaufsstelle des Lebensmittelamts Bahrenfelderstraße 2, Ecke Am Felde.
Wegen anderweitiger Benutzung des Ladens wird der Verkauf von Obst eingestellt.
Der Verkauf von billigem Obst in der Markthalle an der Holstenstraße findet wie bisher statt.
Altona, den 29. Oktober 1919.
Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Frische Walnüsse
gelangen ab **Donnerstag, 30. Oktober,** in der städtischen Verkaufsstelle in der Markthalle an der Holstenstraße zum Verkauf. Der Preis für das Pfund Walnüsse beträgt
M. 3,50
und werden an jedermann bis zu fünf Pfund abgegeben.
Altona, den 29. Oktober 1919.
Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Polizeiverordnung, betreffend Kosten für Bürgersteiganlagen.
Auf Grund der §§ 5 und 6 der Verordnung vom 20. September 1867 über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen und des § 143 ff. des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juni 1883 wird mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Wandsbeck folgende Polizeiverordnung erlassen.
§ 1.
Der Satz in Ziffer 1 des § 10 der Bauordnung für die Stadt Wandsbeck vom 15. April 1904, nach dem von den Straßenanliegern der Stadt die Kosten für Bürgersteiganlagen zu erstatten sind, wird aufgehoben.
§ 2.
Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Wandsbeck, den 23. Oktober 1919.
Die Polizeibehörde.

Nach dem Beschluß der städtischen Kollegien vom 24. d. M. sind die **Preise für Gas, Strom und Wasser** ab 1. November 1919 wie folgt erhöht:

Gas	auf M. 0,55	für 1	cbm
Münzgas	„ „ 0,59	„ 1	„
Lichtstrom	„ „ 1,60	„ 1	kwh
Licht- und Kraftstrom	„ „ 1,20	„ 1	„
Licht- und Kraftstrom nach Benutzungsdauertarif um 15 ₰ höher in jeder Stufe		„ 1	„
Wasser	auf M. 0,30	„ 1	cbm

Städtisches Betriebsamt Wandsbeck.

Umtausch der Milchverbilligungsmarken.
Wegen Herabsetzung der auf Karten zu verabfolgenden Milchmenge haben von heute ab die zur Verbilligung der Milch ausgegebenen Marken keine Gültigkeit und dürfen von den Milchhändlern nicht mehr in Zahlung genommen werden.
Die noch im Besitz befindlichen Marken werden Königstraße Nr. 74 bei Vorzeigung der Milchkarte, des Berechtigungsscheines und Mitteilung von der Krankenkost-Abteilung über bewilligte Milch gegen andere Marken umgetauscht.
Wandsbeck, den 29. Oktober 1919.
Der Magistrat.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Hamburg.
Achtung! Achtung!
Landbetriebe!
(soweit sie dem Verband der Eisenindustrie angeschlossen sind).
Die Tarifverhandlungen mit dem Verband der Eisenindustrie sind am 28. Oktober vor dem Schlichtungsausschuß abgeschlossen worden.
Dienstag, 4. November, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal:
Versammlung.
Tagesordnung: Berichterstattung der Tarifkommission.
Alle in den Landbetrieben der Eisenindustrie beschäftigten organisierten Kollegen und Kolleginnen müssen zur Stelle sein.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Ortsverwaltung.

Bezirksverband Schlesw.-Holstein der sozialdemokr. Partei Deutschlands
Unterbezirk 5
umfassend die Stadt **Wandsbeck** und die Kreise **Stormarn, Lauenburg** und **Segeberg.**
Parteibureau: Bad Oldesloe, Pferdemarkt 1, Telephonnummer 78.
Der Unterbezirksleiter O. Bischoff.

Höchste Preise für Kupfer, Messing, Rotguss. Diamant & Co., Rohprodukte. Bei den Mühren 79. Tel.: Vulkan 1089. Tel.-Adr.: Diecomproh.

Arbeitsmarkt

Gesucht zum sofortigen Antritt bei dauernder u. lohnender Beschäftigung tüchtige **Näherinnen für Blusen.** Chs. Lavy & Co. Bleichenbrücke 25/29.

Näherinnen für Herren-Konfektion, elektr. Betrieb, sofort ges. Rappolt & Söhne Jakobikirchhof 6a.

Per sofort gesucht **Kontoristin** mit allen vorkommenden Kontorarbeiten vertraut. Schriftl. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbittet **Carl Vaal,** Altona-Ottensen, 1. Bornst. 31.

Ges. tücht. Rockschneider. Zink, Gärtnerstr. 117.

Ges. t. Schneider a. Großstück (Konf.) guter Verdienst außer d. Hause. Bhf. Barmb., Pestalozzistr. 7, I. Hinzpeter.

Schneider a. all. f. A. Glindemann. Methfesselstr. 74, III.

3 Schneidergesellen können sofort dauernde und gut lohnende Arbeit erhalten. **Magnus Petersen,** Kongensgade 40, Esbjerg, Dänemark.

Rockschneider gesucht. Heudorf, Dammtorstr. 27, I.

2 gute Rockschneider, 1 guten Damenschneider stellen ein M. & W. Staben, Alsterdamm 26.

Ges. per sofort **Tischlergeselle.** Lehmann, Bartelsstr. 56, [illegible]

Ges. nettes, saub. Tagmädchen für Hausstand und Laden. Bahrenfelderstraße 127.

Schuh warenlager Paul **Raczka** Wandsbeck, Hamburgerstr. 4, I. Etage.

2 Min. vom Vorortsbahnhof Wandsbecker Chaussee.
Erstes leistungsfähigstes Spezialhaus.

Wieder am Lager **Kitte** bester Qualität, für jede Verglasung nur bestens zu empfehlen:
Leinölkitt. 50 kg Kanister M. 125,— 25 kg Kanister „ 65,—
Leinölfirnisskitt. 50 kg Kanister M. 230,— 25 kg Kanister „ 120,—
Glaserkitt. 50 kg Kanister M. 78,— 25 kg Kanister „ 40,—
Höntsch & Co., Zweigniederlassung Hamburg, Ferdinandstrasse 6-10, Fernruf: Elbe, 4955.

Schafwolle gewasch. u. ungewasch., Kammzug u. Wollumpen kauf. zu höchsten Preis. **Diamant & Co.** Bei den Mühren 79. Tel.: Vulkan 1089. Tel.-Adr.: Diecomproh.

Ankauf v. Briefmarken, zahle hohe Preise. Kahl, Steinstr. 17.

Nur keine Bange! Rat u. Hilfe i. jed. Lebenslage. Inkasso ohne Klage. Zahlungsbefehle etc. durch Schön, Neuer Steinweg 1, 9-1.

Pfandgeschäft Raboisen 92 u. Amandastr. 48 Ank. Juwelen und Brillanten

Prismen-Feldstecher z. kauf. ges. Marckmann, Hütten 137. Karte genügt.

Metalle kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80 Alster 1560

Daunenbett., neue u. gereinigte, Oberdecke 75. Kinderdecke 28, Säulenfedern m. Daunen ℔ 6,50. Lager [illegible] 20. Hpt. Sander.

Pelzwaren aller Art noch zu billigen Preisen direkt ab Pelzlager **Warisch** Grindelallee 176, II., Eingang Rutschbahn. Telephon: Vulkan 814.

Pelz-Kragen, Mäntel, Muffen, Sport-Pelze Westen, hochmodern u. sehr billig i. d. bek. Pelzlager **Rotberg** Hamburg, Gr. Bleichen 30, hpt.

Gut. Ulster z. verk. Dobritz, Brekelbaumspark 9, II.

Blauer Stoff zu einem ganz. Anzug o. Kostüm, reine Wolle, f. M. 160, h. abzgb. Altona, Gr. Brunnenstraße 180, p. l. 3-7 U. nachm.

2 Tuchanz., blau u. schwarz, u. nebst Auszieht. bill. z. verk. Wolf, Ulmenstraße 42.

Zu verk. 1 f. neu. Gehrockanz., 1 dito Jackettanz., mittl. Gr. Friedensallee 30, pt., Ottensen.

Ulster, Paletots, Anzüge aus Ia. Stoffen, vielfach reine Wolle, von M. 125 bis M. 450 (auch für starke Herren), Jünglings-Ulster, Paletots, Anzüge v. M. 60 an. Knaben-Anzüge, Paletots M. 30-100, Gehrockanzüge, Smokings u. Cutaway-Anz., gestreift. Hosen v. M. 40 an, Stoffe z. Anfert. v. Paletots, Ulster, Anz. in allen Farben. Wolle und Halbwolle von M. 29,50 an. Hüte, Mützen, Socken, Unterwäsche. Stoff u. Futter z. Anzug v. M. 125 an. Sport-Paletots (nur modernste Fassons). **Süderstr. 70/72, Hbg.**

Wollen Sie sich preiswert kleiden, so gehen Sie zu **S. Walden,** Hütten 69-70 u. 83. Gr. Auswahl in Anzügen, Ulster, Paletots u. Hosen.

Zu verk. guter, mod. Ulster, neu, M. 175. Bhf Barmb., Pestalozzistr. 7, I. Hinzpeter.

Gute warme Stoffreste für Dam.-Ulst., m M. 35. Bhf. Bb., Pestalozzist. 7, I. Hinzpeter.

3 neue Militärmäntel zu verk. Heidenkampsweg 54.

Elegante Pelzkragen u. Muffen in Kreuzfuchs, Alaskafuchs usw enorm preiswert. Arndt, Schmilinskystr. 45, III.

Diwandecke billig bei Wedde & Wangemann, Neuerwall 36, Hp.

Elegantes Schlafzimmer: Ankleideschrank, 2 Betten m. Patentrahmen u. Aufleger, moderne Waschkommode u. 2 Stck. Nachtschränke nur M. 1150. **Möbel-Köhler,** Hamburgerstrasse 61.

Alter mahag. **Eckschrank** m. Aufs., od. Bücherschrank m. Glastüren ges. Liepmann, Altona, Poststraße 25.

Altmahag. Möbel aller Art, Schatull., Sekret. etc. kauft Liepmann, Alt., Poststr. 25.

Eleg. Schlafzimmer, eichen imitiert, gewachst., Ankl.-Schrank, Umbau u. Apotheke für M. 1500 zu verkaufen. Büter, Spaldingstr. 24, III.

Georg F. C. Voigt Hamburg, Charlottenstr. 26. Fernsprecher: Alster 5292.
Rheumatismus-Bittern Bewährtes Mittel gegen Rheumatismus Gicht, Ischias etc.
Viele Dankschreib. auf Wunsch grat. zur Verfügung. Nur echt m. Bild u. Namensz. d. Erfind. Zu hab. i. d. Apotheken.
Haupt-Niederlage: Internationale Apotheke, Hamburg, Neuerwall 32. Bestandteile: Chines. Ginseng-Wurzel 10,0, Mastixharz 18,50, Myrrhen 7,00, Nelken-Extrakt 9,00, Wachholderbeeren, franz. 42,50, Narben-Pulv. 6,00, Stinkasant 1,25, Süßholzwurzel 8,00, Franzosenholz 4,50, Aloe 2,50, Weingeist 300,0, Wasser dest. 125,0.

Wir empfehlen: **Das Erfurter Programm** In seinem grundsätzlichen Teil erläutert von Karl Kautsky. Volksausgabe M. 1,20 Gebunden ... „ 5,50. Zu obigen Preisen kommt noch der vom Gesamtbuchhandel eingeführte Teuerungszuschlag von 10 Prozent.
Buchhandlung Auer & Co. Hamburg 36, Fehlandstrasse. Bestellungen nehmen sämtl. Filialleiter und Kolporteure des „Hamb. Echo" entgegen.

Zu vk. Schlafz., Oberb., [illegible] Fischrl. Wilhelminenst. [illegible]

Mod. Schlafzimmer, [illegible] M. 940. Schwenckestr. 49, II.

Mod. Küche, hübsche Verglasung, M. 395, 2 engl. Bettstellen, kompl. M. 375. Thieme, B. Strohhaus 44, I.

Zu verk. Bettstelle mit Federrahmen, Kleiderschr., Waschtisch, Stühle, vollständ. Bett, Chaiselongues, Küchenschrank, Phantasieschrank, Tisch. **Garling,** Frickestr. 26, II., Eppendorf.

Zu kaufen gesucht sofort 1½ schläfige Bettstelle. Offert. H. 812 Gertigstr. 29.

Gebr. Korbkinderwg., Klappw. m. Verd., Kinderbett billig. Vereinsstraße 49, Hochpt. [illegible]

Zu verkauf. Herrenstiefel, neu, Gr 40-41. Jacobsen, Borgeschstr. 30, Hths. II.

Wickelformen, gebraucht oder neu, zu kaufen gesucht. Haeferer, Hamburg 39, Preystr. 20, I.

Bess. Zigarrengeschäft muß Existenz sein, gesucht Off. mit Ch. 225, Ann.-Exp. Hönig, Altona, Königstr. [illegible]

Goldgrube. Ein gut gehend. Zigarrengeschäft, pass. f. Zigarrenmacher a. Bahnhof i. Glückstadt geleg. ist sof. z. verk. Das Grundstück enth. 2 Läden u. 8 Wohnungen mit hoh. Mieteeink. Dasselbe ist auch passend f. Kino. Preis M. 32000. Anzahl. n. Uebereink. Näh. E. Fahrenkroog, [illegible]

Wirtschaft m. Klubzim. u. Piano ist krankheitsh. für Inventarwert zu verkaufen. Off. u. A. 50 a. d. Exp. d. Bl.

Entlaufen schwarz-brauner Schäferhund „Tell". Gegen Belohnung abzugeben Wördemann, Stellingen, Brüderstr. 2.